



No 98 | Juni 2022



# IRS AKTUELL

Magazin für Raumbezogene Sozialforschung

## Orte der Ankunft – Großwohnsiedlungen in Ostdeutschland

- \_ Soziale Trends: Abwanderung, Entmischung, Zuwanderung
- \_ Kommunale Integrationsarbeit: Neue Organisationsformen
- \_ Wohnungswirtschaft: Vermietungsmodelle im Plattenbau
- \_ Freiraumplanung: Orte der Begegnung schaffen
- \_ Position: Was bringt soziale Mischung?

# In dieser Ausgabe



**4** Wachsende Ungleichheit – zur sozialen Lage in (ost-deutschen) Großwohnsiedlungen



**14** Die Reorganisation der kommunalen Integrationsarbeit am Beispiel von Schwerin, Halle und Cottbus



**24** Eignen sich Freiräume in Großwohnsiedlungen als Orte der Begegnung?



**30** „Die Großwohnsiedlung gibt es nicht!“ Interview mit Stadtplaner Reinhard Huß



**10** Großwohnsiedlungen in Osteuropa: Ganz normale Wohngebiete



**20** Wer vermietet wie? Ein wohnungswirtschaftlicher Blick auf ostdeutsche Großwohnsiedlungen



**28** POSITION: Soziale Mischung: eine sinnvolle Handlungsorientierung?

## Nachrichten aus dem Institut

- 34** Nachruf auf Prof. Dr. Thomas Topfstedt
- 35** Das IRS stellt sich neu auf
- 36** IRS und Europa-Universität Viadrina intensivieren Zusammenarbeit – Gemeinsame Professur für Historische Stadt- und Raumforschung
- 37** „Es gab hier ein vorausschauendes Agenda-Setting“ Alumni-Interview mit Heike Liebmann
- 39** Projekt „CitizenArchives“ entwickelt Plattform zur Unterstützung kleinerer Spezialarchive bei der Digitalisierung ihrer Bestände
- 40** Städtische Klimapolitik: IRS-Projekt „ExTrass-V“ fokussiert auf Praxis-Transfer
- 41** Verbundprojekt „Energiewende im sozialen Raum“ abgeschlossen
- 42** Sommerschule 2022 “The Socialist City: Planning, Transformation and Aftermath”
- 43** Drittes Innovation-Salon-Tandem zu digitalen Medien in der Jugendsozialarbeit
- 44** Neuer Forschungsbericht zur Mobilitäts- und Logistikwende im suburbanen Raum
- 44** Wie Hochschul-Zweigstandorte zu ökonomischer Transformation beitragen können
- 45** Neues Policy Paper: Klimabelange müssen stärker und besser in kommunale Abläufe integriert werden!
- 45** Neues Policy Paper adressiert den Nutzen von Online-Plattformen für die regionale Entwicklung
- 46** Personalien
- 47** IRS in der Presse
- 48** Fundstück: Karte von 1987 liefert Erkenntnisse zur Binnenwanderung in der DDR



Liebe Leserinnen und Leser von IRS aktuell,

seit drei Monaten erreichen uns täglich neue Nachrichten über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sie konfrontieren uns mit einer Wirklichkeit, die wir nicht mehr für möglich gehalten, vielleicht sogar verdrängt haben: Krieg mitten in Europa. Die wissenschaftliche Gemeinschaft hat den Angriff einhellig verurteilt, Konsequenzen für die Forschungskooperation gezogen und sich mit den Menschen in der Ukraine solidarisiert. Das IRS hat in dieser Situation Dank eines Matching Fonds der Leibniz-Gemeinschaft und der Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg ein Stipendium für eine vor den Kriegsgefahren geflüchtete Ukrainische Gastwissenschaftlerin einrichten können. Ich danke unserer Referentin für Internationales, Sarah Brechmann, und vielen weiteren Helfenden am IRS für ihr großes Engagement an dieser Stelle.

Auch unsere Forschung blieb von den Geschehnissen nicht unberührt. Als im April der Transferworkshop unseres Verbundprojekts „StadtumMig – Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwandererquartier? Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen“ abgehalten wurde, konnte die Hälfte der eingeladenen Praxisakteure nicht erscheinen, weil sie zu beschäftigt damit waren, Wohnraum für Geflüchtete aus der Ukraine zu organisieren. Wie im Jahr 2015, als Hunderttausende aus Syrien geflüchtete Menschen untergebracht werden mussten, rücken auch heute wieder die Großwohnsiedlungen in den Blick: als Orte, wo es angesichts angespannter städtischer Wohnungsmärkte überhaupt noch erschwinglichen Wohnraum zu verteilen gibt. In dieser Ausgabe, die von Matthias Bernt inhaltlich betreut wurde, widmen wir uns speziell den industriell errichteten Großwohnsiedlungen ostdeutscher Städte und ihrem bemerkenswerten Rollenwandel: von attraktiven, modernen Wohngebieten zu medial stigmatisierten Orten des Wegzugs und von dort zu neuen Ankunftsarten der Migration. Im besagten Verbundprojekt (S. 17) hat das IRS gemeinsam mit Partnereinrichtungen in der Region die Hintergründe und praktischen Herausforderungen dieses Wandels erforscht. Beiträge in diesem Heft geben u. a. Auskunft über den Wandel der kommunalen Integrationsarbeit (S. 14), über die Rolle der Wohnungswirtschaft (S. 20) und Anforderungen an die Freiraumplanung (S. 24).

Zum 1. Januar 2022 stellte das IRS sich organisatorisch neu auf (S. 35). Statt fünf Abteilungen verfügt das Institut nunmehr über drei Forschungsschwerpunkte mit einem jeweils klar erkennbaren Fokus: „Ökonomie und Zivilgesellschaft“, „Politik und Planung“ sowie „Zeitgeschichte und Archiv“. Unser neues Forschungsprogramm (2022-2025) „Disruption – kritische Momente sozial-räumlichen Wandels“ stellt einen gemeinsamen Rahmen für die Arbeit der Forschungsschwerpunkte bereit. Unter diesem thematischen Bogen nehmen wir verstärkt die Brüche, die extremen, unerwarteten Ereignisse in den Blick, die tiefgreifende Auswirkungen auf räumliche Entwicklungen haben, wie beispielsweise die COVID-19-Pandemie. Durch den Krieg in der Ukraine hat sich auf traurige Art und Weise die Aktualität dieser Themenstellung bewahrheitet.

Nun wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr Oliver Ibert | Direktor des IRS

# Wachsende Ungleichheit: Zur sozialen Lage in (ostdeutschen) Großwohnsiedlungen

Großwohnsiedlungen gibt es im Osten wie im Westen Deutschlands. Doch ihre Ausgangslagen, ihre Entwicklungslinien und die soziale Zusammensetzung ihrer Einwohnerschaft unterscheiden sich in beiden Landesteilen deutlich. Waren Großwohnsiedlungen in Westdeutschland von Anfang an Schwerpunkttorte der Zuwanderung und bewohnt von überwiegend einkommensschwachen Haushalten, machten die „Plattenbaugebiete“ in Ostdeutschland einen dramatischen Wandel durch: Von beliebten und sozial weitgehend homogenen Wohnquartieren zu Orten des Wegzugs und schließlich zu Zentren der Zuwanderung. Die sozialräumliche Ungleichheit in ostdeutschen Städten überholte in diesem Wandlungsprozess die in westdeutschen Städten.

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland wurden spätestens seit den 1960er-Jahren Großwohnsiedlungen in industriellem Geschosswohnungsbau errichtet, um Platz für die in der Nachkriegszeit stark wachsende Bevölkerung zu schaffen. Während Großwohnsiedlungen in Westdeutschland, wie beispielsweise Köln-Chorweiler, als wenig attraktive Wohnform angesehen wurden und oftmals überdurchschnittlich viele Gastarbeiter\*innen und ihre Familien beheimateten, waren die in Plattenbauweise errichteten Großwohnsiedlungen im Osten, wie beispielsweise Cottbus-Sandow, beliebt und wurden von allen sozialen Schichten bewohnt. Dies hat einerseits städtebauliche Gründe, weil die Altstädte im Osten kaum modernisiert wurden, und suburbane Eigenheimsiedlungen nicht entstanden. Zum anderen konnten sozialräumliche Ungleichheiten kaum entstehen, weil die DDR insgesamt kaum ökonomische Ungleichheiten zuließ.

## Verschärfte Ungleichheit in ostdeutschen Städten

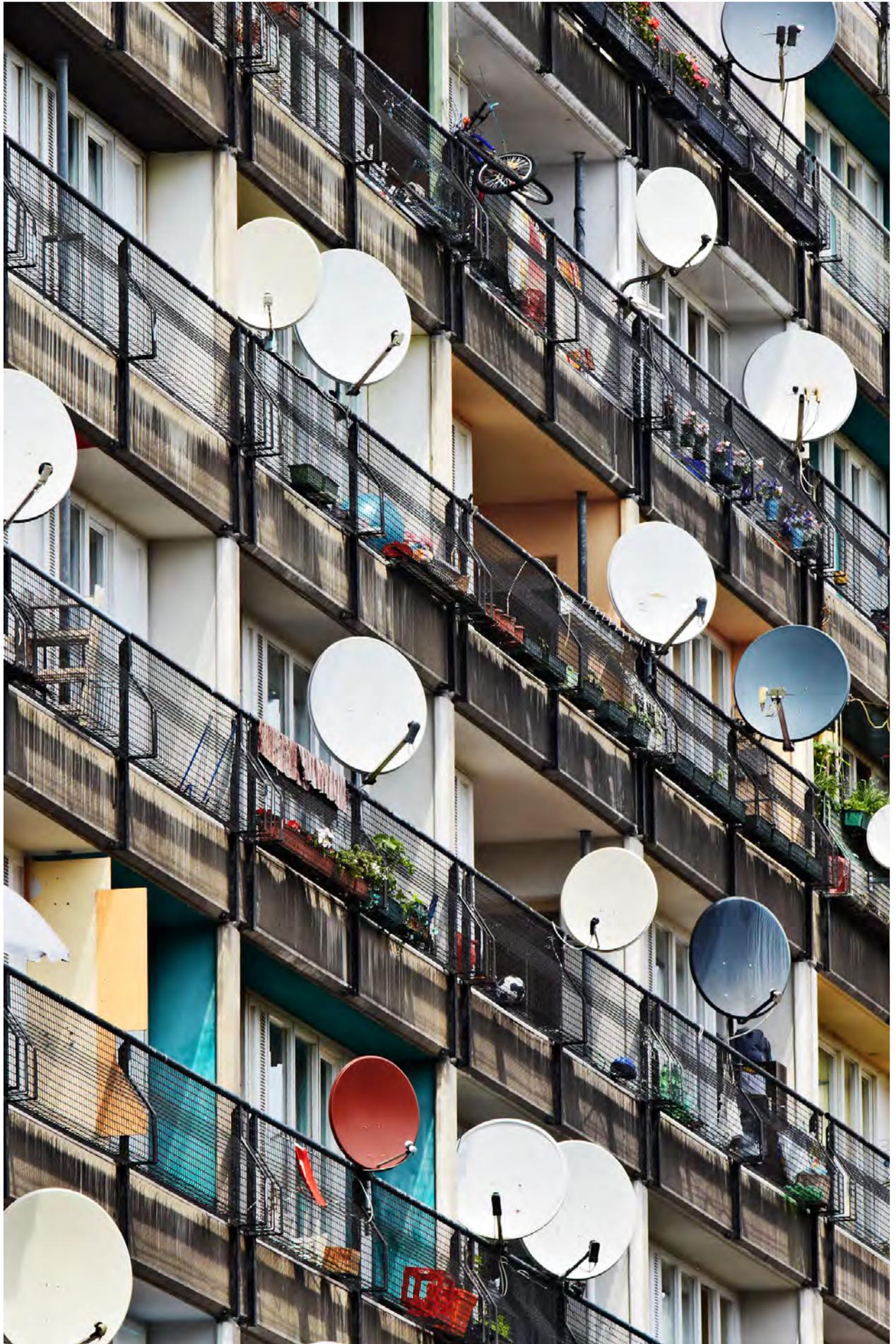
Heute ist die Lage eine andere. Wie meine Kollegin Stefanie Jähnen vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin und ich 2018 in unse-



Prof. Dr. Marcel Helbig  
marcel.helbig@wzb.eu

Marcel Helbig ist Soziologe und Arbeitsbereichsleiter „Strukturen und Systeme“ am Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfB) sowie Wissenschaftler in der Projektgruppe bei der Präsidentin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). In seiner Forschung beschäftigt er sich mit sozialen Ungleichheiten im Schulsystem und ihren zu Grunde liegenden Strukturen. In diesem Zusammenhang analysiert er die sich verändernde Sozialstruktur der deutschen Städte.

rer Studie „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“ zeigten, weisen die ostdeutschen (Groß-)Städte besonders tiefe Gräben auf, die sich in den letzten Jahren auch noch besonders stark vertieft haben. Das Ausmaß und die Dynamik der sozialen Ungleichverteilung im Osten erwies sich sogar als größer als in westdeutschen Städten – ein Befund, der für Aufsehen sorgte. Während die wenigen vorhandenen Studien die soziale Verteilung der Bevölkerung in den ostdeutschen Städten Mitte der 1990er-Jahre noch als sozial homogen beschrieben, wiesen die von uns untersuchten ostdeutschen Städte bereits 2005 eine höhere räumliche Ungleichverteilung von Armut (Segregation) auf, gemessen am Anteil der SGB II beziehenden Haushalte, als die westdeutschen Städte. Die Wohnquartiere der ostdeutschen Städte werden darüber hinaus im Zeitverlauf immer ungleicher, während dies in westdeutschen Städten kaum zu beobachten ist. Die Armut konzentriert sich zunehmend in Großwohnsiedlungen. Dabei sind die Armutsquoten in den Großwohnsiedlungen selbst in den letzten 15 Jahren nicht etwa angestiegen. Es ist eher so, dass sie, trotz der sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung, konstant (hoch) blieben, während sie in



den anderen Stadtquartieren stark zurückgegangen sind. Zuletzt waren Armutsquoten von 50 % unter Kindern in ostdeutschen Großwohnsiedlungen keine Ausnahme.

Etwas Differenzierung ist aber angebracht, denn die Befunde sind nicht homogen. Die Studie „Berliner Großsiedlungen am Scheideweg?“ des Kompetenzzentrums Großwohnsiedlungen e.V. von 2021 zeigt, dass die soziale Situation in den Westberliner Großwohnsiedlungen sogar noch angespannter ist als in Ostberlin. So liegt die Kinderarmut (der Anteil von Kindern in Familien mit Transferleistungsbezug) in den Westberliner Großwohnsiedlungen bei 50 %, in den Ostberliner Großwohnsiedlungen bei 37,5 % und außerhalb der Großwohnsiedlungen bei 22,6 %. Ost- und Westdeutschland haben gemein, dass es gerade die von Armut besonders stark betroffenen Wohnsiedlungen sind, die das Ausmaß sozialer Ungleichverteilung insgesamt maßgeblich bestimmen. Ein entscheidender Unterschied zwischen Ost und West ist jedoch, dass die Großwohnsiedlungen in Ostdeutschland einen deutlich höheren Anteil der Gesamtbevölkerung beheimaten. Systematische Unterschiede zwischen Großwohnsiedlungen und anderen Quartieren wirken sich deshalb in den ostdeutschen Städten auch stärker auf gesamtstädtische Ungleichheitsmaße aus.

## Wegzug nach Westen, Suburbanisierung und Innenstadtsanierung

Wie kam es nun zu der beschriebenen Entwicklung? In Folge der Friedlichen Revolution vollzogen sich ab 1989 drei sich überlagernde Wegzugstrends aus den ostdeutschen Großwohnsiedlungen. Zunächst begann aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit eine starke Abwanderung nach Westdeutschland. Hiervon waren vor allem Großwohnsiedlungen in der Nähe von Industriekombinaten betroffen (z. B. Halle-Neustadt oder Hoyerswerda). Die zweite



### Zum Weiterlesen

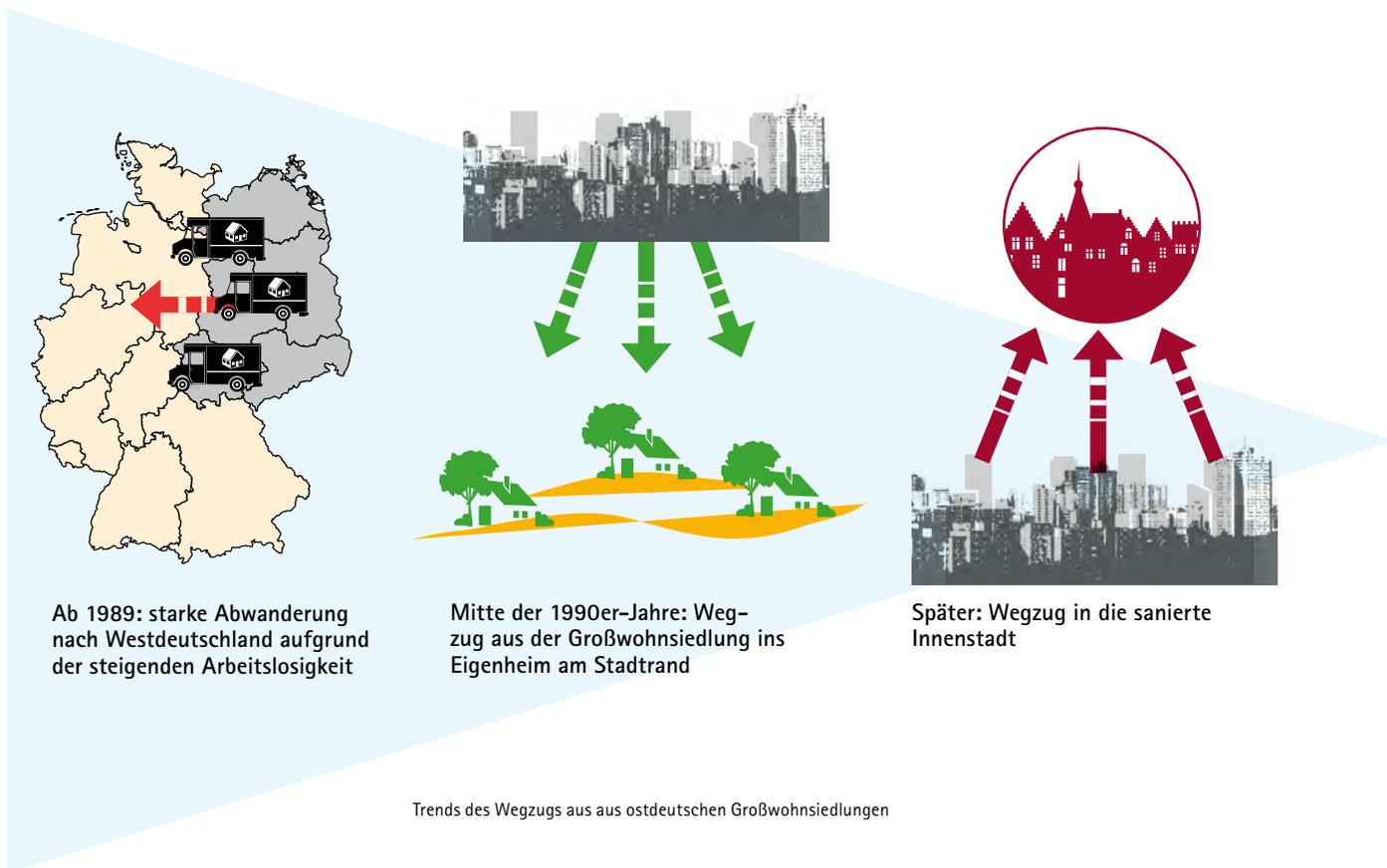
Helbig, Marcel; Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. WZB-Discussion Paper P 2018-001. Berlin. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung  
► [bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf](https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf)

Hunger, Bernd; Protz, Ralf; Weidemüller, Dagmar; Melnikova, Mariia; Lopitz, Sebastian (2021): Berliner Großsiedlungen am Scheideweg? Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V. Berlin.  
► [www.gross-siedlungen.de/de/media/pdf/4251.pdf](https://www.gross-siedlungen.de/de/media/pdf/4251.pdf)

Keller, Carsten (2005): Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung. Frankfurt a. M./New York: Campus.

Welle des Fortzuges setzte Mitte der 1990er-Jahre als Prozess nachholender Suburbanisierung ein, „in dessen Verlauf das Schwungrad der sozialen Entmischung seine eigentliche Dynamik gewinnt“, wie der Stadt- und Regionalsoziologe Carsten Keller schreibt. Der Prozess der Suburbanisierung setzte so spät ein, weil erst nach einigen Jahren in Ostdeutschland signifikante Vermögen angehäuft worden waren, die es erlaubten, ein Eigenheim am Stadtrand zu erwerben. Zudem lag der Leitzins der Deutschen Bundesbank bis Anfang 1993 bei rund 8 %, was die Kreditaufnahme wenig attraktiv machte, und verringerte sich dann bis Anfang 1996 auf 2,5 %. Bei der Gruppe, die in dieser Zeit ins Umland der ostdeutschen Städte zog, handelte es sich vorwiegend um finanzstarke Familienhaushalte aus den Plattenbaugebieten. Zurück blieben die Haushalte, die sich eine andere Wohnform nicht leisten konnten. Zunehmender Leerstand und Kaufkraftverluste ließen Dienstleistungs-, Handels- und Infrastrukturangebote in den Großwohnsiedlungen unwirtschaftlich werden und wegbrechen. In der Folge wurde die soziale Entmischung in den Plattenbauten nun selbst zum Auslöser für weiteren Wegzug. Verschärft wurde sie zusätzlich durch den Zuzug von Transferleistungsbeziehern in die ostdeutschen Großwohnsiedlungen.

Parallel zur Errichtung von Einfamilienhaussiedlungen in ostdeutschen Vororten und Dörfern wurden die Altbauquartiere in den Innenstädten vermehrt saniert. Die flächendeckende Sanierung setzte zeitlich etwas später ein und war weniger dynamisch als die Suburbanisierung. Dennoch ist die Wanderung in sanierte Innenstadtlagen ein weiterer Faktor, der das hohe Ausmaß sozialer Segregation in einigen ostdeutschen Städten erklären kann. Gerade weil viele ostdeutsche Städte im Krieg weniger zerstört wurden als im Westen (mit Ausnahme von Dresden und Magdeburg), und die Altstädte nicht durch architektonische Moden und Experimente in Mitleidenschaft



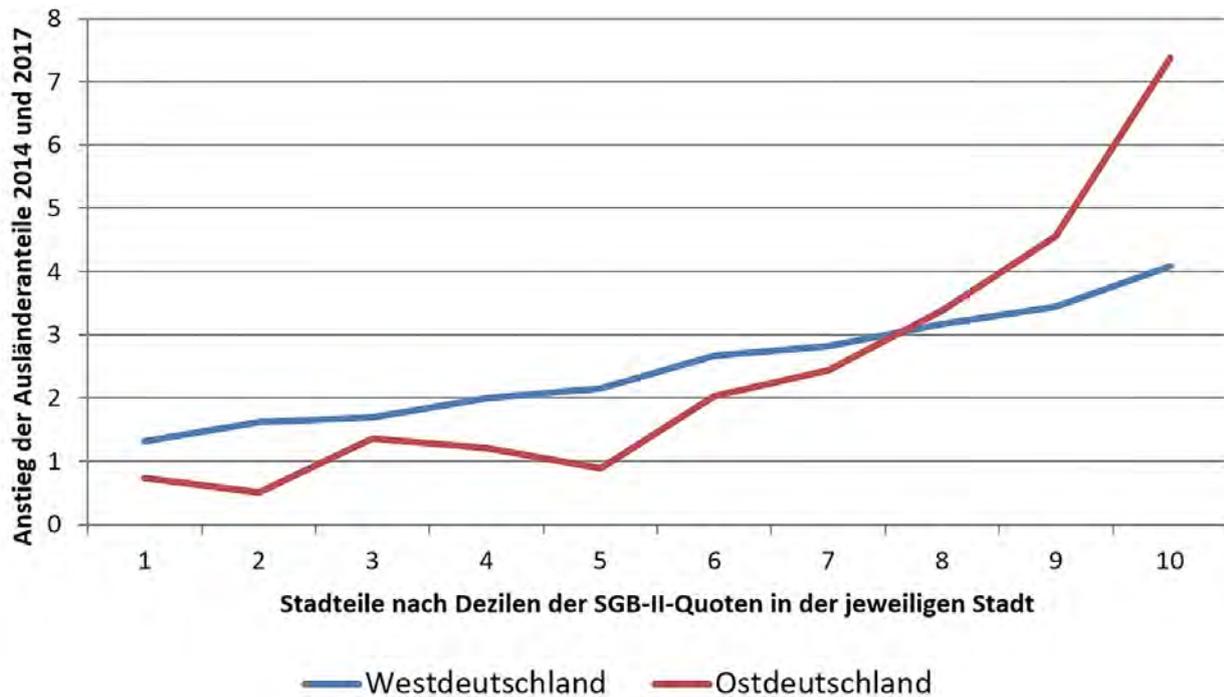
gezogen wurden, ist die historische Bausubstanz erhalten geblieben. Die sanierten Innenstädte sind heute begehrte Lagen. Die Großwohnsiedlungen hingegen, die sich oftmals am Stadtrand befinden (z. B. Erfurt-Nord, Schwerin-Großer Dreesch, Leipzig-Grünau, Halle-Neustadt), schrumpften und entmischten sich zunehmend.

Innerhalb der Großwohnsiedlungen unterscheidet sich die soziale Situation noch einmal abhängig vom jeweiligen Baujahr: Die Großwohnsiedlungen, die vor 1977 errichtet wurden, sind weniger stark von Armut, dafür aber stärker von Alterung (Anteil über 65-Jähriger) betroffen als die Großwohnsiedlungen, die nach 1977 errichtet wurden. Die Ursache hierfür ist nicht in der baulichen Qualität der Gebäudebestände zu suchen, sondern vielmehr in der Lebensphase ihrer Bewohner\*innen zum Zeitpunkt der Wende: Wer vor 1977 in eine Wohnung eingezogen war, hatte in den frühen 1990er-Jahren typischerweise schulpflichtige Kinder, was einen Wegzug in den Westen unpraktisch erscheinen ließ, und

Wurde die soziale Verteilung der Bevölkerung in den ostdeutschen Städten Mitte der 1990er-Jahre noch als sozial homogen beschrieben, so wiesen ostdeutsche Städte bereits 2005 eine höhere räumliche Ungleichverteilung von Armut auf als die westdeutschen Städte.

in den späten 1990er-Jahren (annähernd) volljährige Kinder, was wiederum den Umzug in ein Eigenheim weniger attraktiv machte. Jüngere Großwohnsiedlungen wurden typischerweise von jüngeren Familien bewohnt, welche die besonders aktiven Gruppen im Wegzugsgeschehen ausmachten. Somit sind die älteren Großwohnsiedlungen (z. B. Chemnitz-Yorckgebiet, Magdeburg-Brückfeld, Erfurt-Johannesplatz oder Jena-Lobeda-West) bislang sozial stabiler geblieben, zusätzlich gestützt durch den Umstand, dass Altersarmut in den ostdeutschen Großwohnsiedlungen ein viel geringeres Problem darzustellen scheint als in westdeutschen Großwohnsiedlungen.

Dies liegt zum einen an dem hohen Anteil von Frauen, die in Westdeutschland nicht in Vollzeit gearbeitet haben. Dadurch ist die Altersarmutsquote von Frauen im Westen höher als im Osten. Hinzu kommt, dass in den westdeutschen Großwohnsiedlungen überproportional Migrant\*innen wohnen, die zum einen eher von Arbeitslosigkeit



Anmerkung: In die Berechnungen sind 20 ostdeutsche und 66 westdeutsche Städte eingeflossen. Auf der X- Achse sind die Stadtteile nach ihrer SGB-II-Quote abgetragen. Unter 1 befinden sich die 10 % der Stadtteile mit der niedrigsten Armutsquote (gemessen am Durchschnitt ihrer jeweiligen Stadt), unter 2 jene 10 % mit der zweitniedrigsten Armutsquote und unter 10 die 10 % mit der höchsten Armutsquote. Quelle: Helbig, Marcel, und Stefanie Jähnen, 2019: Wo findet „Integration“ statt? Die sozialräumliche Verteilung von Zuwanderern in den deutschen Städten zwischen 2014 und 2017. WZB Discussion Paper P 2019-003. Berlin. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung;

betroffen waren, aber viel wichtiger noch, teilweise keine vollen Rentenanswartschaften erworben haben. In den ostdeutschen Plattenbaugebieten gab es bis 2014 kaum Menschen mit Migrationshintergrund.

Die älteren Großwohnsiedlungen werden aber in den kommenden Jahren durch den Tod der Erstbeziehenden einen deutlichen Wandel erleben. Baulich jüngere Quartiere (z. B. Rostock-Groß-Klein, Erfurt-Berliner Platz, Halle-Silberhöhe oder Schwerin-Mueßer Holz) waren besonders stark betroffen von Wegzug und Entmischung.

### Großwohnsiedlungen als Ankunftsquartiere für Migration

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund bzw. ohne deutsche Staatsangehörigkeit war bis vor einigen Jahren der Aspekt, der sich am stärksten zwischen ostdeutschen



Nirgendwo stieg in den letzten Jahren der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Wohnbevölkerung so stark an wie in den ostdeutschen Großwohnsiedlungen.



Die Moschee des Islamischen Kulturcenter Halle (Saale) e.V. von innen in der nördlichen Neustadt in Halle (Saale)

und westdeutschen Großwohnsiedlungen unterschied. Vor 2014 lagen die Ausländeranteile in den Großwohnsiedlungen der großen ostdeutschen Städte nirgendwo über 6 % und nur in wenigen Städten waren die Ausländeranteile in den Großwohnsiedlungen höher als in den restlichen Wohnlagen. Dies änderte sich zwischen 2014 und 2017, also in einer Phase ausgeprägter Fluchtmigration nach Deutschland. In deren Folge wurden gerade die wirtschaftlich schwächsten Großwohnsiedlungen in Ostdeutschland zu Schwerpunktorten der Einwanderung.

Wie man in der Abbildung sieht, veränderten sich die Ausländeranteile in den Quartieren von 86 untersuchten Städten zwischen 2014 und 2017. Dabei zeigt sich für die westdeutschen Städte, dass die Ausländeranteile in den sozial privilegiertesten Stadtteilen (1. Dezil, also die einkommensstärksten 10 % aller Stadtteile, gemessen am Durchschnitt ihrer jeweiligen Städte) mit 1,3

Prozentpunkten am geringsten ansteigen und in den sozial am stärksten benachteiligten Stadtteilen (10. Dezil) mit 4,1 Prozentpunkten am stärksten ansteigen.

Dieser Zusammenhang zwischen Zuwanderung und sozialer Lage ist in den ostdeutschen Städten noch deutlich stärker zu beobachten. Während die Ausländeranteile in den sozial privilegierten bis mittleren Lagen lediglich um rund einen Prozentpunkt angestiegen sind, zeigt sich ab dem 6. Dezil ein sehr starker Anstieg. Im 9. und 10. Dezil, in welchem sich weit überwiegend die Großwohnsiedlungen finden, stiegen die Ausländeranteile um 4,5 bzw. 7,3 Prozentpunkte. Insofern müssen gerade die am stärksten sozial benachteiligten Quartiere die größte Integrationsleistung erbringen.

Ein Großteil dieser Entwicklungen ist darauf zurückzuführen, dass die neu zugewanderten, überwiegend einkom-

mensschwachen Gruppen sich vor allem in Gebieten niederlassen konnten, in denen die Leerstandsquoten hoch waren. In Ostdeutschland waren dies besonders Großwohnsiedlungen am Stadtrand, beispielsweise südliche Halle-Neustadt und Schwerin-Mueßer Holz. Wo es weniger Leerstand gab (z. B. in Jena, Rostock oder Potsdam), war der Auslandszuzug weniger sozial selektiv.

Dennoch unterscheiden sich die west- und ostdeutschen Großwohnsiedlungen bezüglich ihrer ethnischen Zusammensetzung immer noch sehr stark voneinander. Betrachtet man z. B. die Westberliner Großwohnsiedlungen, so lag der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund 2018 bei 49,4%. Die Ostberliner Großwohnsiedlungen lagen mit einem Anteil von 24,9% weit unter dem Berliner Durchschnitt. Aber nirgendwo war der Anstieg in den letzten Jahren so stark wie in den ostdeutschen Großwohnsiedlungen. ■

# Großwohnsiedlungen in Osteuropa: Ganz normale Wohngebiete

In der wissenschaftlichen Forschung zu Großwohnsiedlungen dominiert eine westliche Sicht. Die vor allem in den 1960er- bis 1980er-Jahre überall in Europa errichteten Stadtteile gelten darin als Sonderfälle auf dem Wohnungsmarkt und potenzielle soziale Brennpunkte. Die osteuropäische Realität ist eine andere, denn hier sind Großwohnsiedlungen ganz normal. Gleichzeitig haben diese Viertel mit völlig anderen Problemen zu kämpfen, als ihre westeuropäischen Pendanten. Das Projekt „Estates after Transition“ hat die osteuropäische Perspektive aufgegriffen und die Planungsherausforderungen osteuropäischer Großwohnsiedlungen beleuchtet.

Obwohl in der Nachkriegszeit sowohl westlich als auch östlich des Eisernen Vorhangs Großwohnsiedlungen in industrieller Bauweise errichtet wurden, gibt es markante Unterschiede hinsichtlich ihrer städtebaulichen Rolle und ihrer Wahrnehmung. In Westeuropa entstanden sie hauptsächlich im Kontext des sozialen Wohnungsbaus. In sozialistischen Ländern stellten sie die gängige Form des Wohnungsbaus dar und wurden von einer großen Bandbreite an Bevölkerungsschichten bewohnt. Während Großwohnsiedlungen in Westeuropa überdurchschnittlich sozial benachteiligte Gruppen beherbergten und sich schnell in einer stigmatisierten Position fanden, entziehen sich ihre osteuropäischen Gegenstücke schon auf Grund ihrer großen quantitativen Bedeutung einer solchen Rolle. So machen Großwohnsiedlungen in der Slowakei heute etwa 80 % des gesamten Wohnungsbestands aus! Problematisch ist dieser Unterschied insofern, als die Diskussion in der Stadt- und Planungsforschung von der (nord-)westeuropäischen Wahrnehmung beherrscht wird. Darunter leidet eine fundierte Auseinandersetzung mit den Entwicklungspotenzialen osteuropäischer Großwohnsiedlungen.

Gemeinsam mit Partner\*innen von der Universität Tartu (Estland) und der European University at St. Petersburg (Russland) hat ein Team des IRS



PD Dr. Matthias Bernt  
Tel. 03362 793 275  
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Matthias Bernt ist Politikwissenschaftler und Soziologe. Er leitet die Forschungsgruppe „Stadtentwicklungspolitiken“ sowie kommissarisch den Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung“ des IRS. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Fragen der Stadtentwicklung, insbesondere mit Migration, Gentrifizierung sowie Wohnungsmärkten und Wohnungsmarktpolitik. Dabei gilt sein Interesse besonders der politischen Steuerung von Stadtentwicklung.

im Projekt „Estates after Transition – Großwohnsiedlungen nach der Transformation“ (EAT) die Entwicklungsbedingungen von Großwohnsiedlungen in Russland, Estland und Ostdeutschland anhand von Fallstudien zu sechs Wohngebieten vergleichend betrachtet. Die Forschenden fragten nach den Handlungs- und Steuerungsperspektiven und ihrer Einbettung in größere sozioökonomische Trends. Dem Projekt ging es darum, weg von Einzelfallbetrachtungen hin zu einer systematischen Einordnung zu kommen und so die wissenschaftliche Sicht auf Großwohnsiedlungen um eine osteuropäische Perspektive zu erweitern. Auch die Übertragbarkeit planerischer und stadtpolitischer Best Practices war Thema.

Wie sich zeigte, ist eine Öffnung des Diskurses dringend nötig, sowohl was Problemdiagnosen, als auch was Lösungen angeht. In postsozialistischen Ländern wurden Wohnungen in Großsiedlungen in den 1990er-Jahren umfassend privatisiert, und zwar überwiegend einzeln, an ihre Bewohner\*innen, die (fast) allen sozialen Schichten angehören. Gleich zwei gängige Diagnosen aus dem westeuropäischen Diskurs gelten damit nicht: Segregation, ein großes Problem von französischen Banlieues bis zu britischen Estates, ist in osteuropäischen Großsiedlungen kein drängendes Thema. Zugleich besteht auch kein



Annelinn - Tartu, Estland



Lasnamäe – Tallinn, Estland

Über-Engagement öffentlicher Vermieter, ganz im Gegenteil. Wird in Westeuropa oft eine Diversifizierung der Eigentumsstrukturen empfohlen, so besteht in Osteuropa eher das Problem einer zu starken Fragmentierung des Eigentums. Von der finanzschwachen Rentnerin über den jungen Erstwohnungskäufer zur professionellen Vermieterin sind alle Ausgangslagen und damit divergierende Interessen vertreten. Das führt zu Koordinationsproblemen. Wer kümmert sich etwa um die Gebäudehülle und die Außenbereiche? Unklar sind oft auch die Grenzen des privaten Eigentums. In Tallin konnten Käufer\*innen sich entscheiden, wo das jeweilige Grundstück enden sollte: direkt an der Hauswand oder in einem frei gewählten Abstand von bis zu 20 Metern. Für jedes Gebäude trafen die neuen Eigentümergruppen eigene Entscheidungen, so dass nun die Zuständigkeiten für Außenflächen stark fragmentiert sind.

Politikempfehlungen aus dem westeuropäischen Diskurs gehen häufig von einem steuerungsfähigen Staat aus. Sie setzen die Existenz von Förderpro-

Vor dem Hintergrund  
der Forschungs-  
ergebnisse erweisen  
sich viele Best-  
Practice-Ratschläge  
aus dem  
akademischen  
Diskurs zu  
Großwohnsiedlungen  
als untauglich für  
Osteuropa.

grammen, starke öffentliche Wohnungsunternehmen, finanzielle und personelle Ressourcen in Ministerien und (Planungs-)Verwaltungen, kompetente private Planungsbüros, Erfahrungen mit Leitbildprozessen und eine Tradition staatlicher Wohnungsmarktinterventionen in einem marktwirtschaftlichen Umfeld voraus. Keine dieser Bedingungen ist in postsozialistischen Ländern erfüllt. Weder bestehen entsprechende institutionalisierte Erfahrungen und Kompetenzen, noch stehen nach jahrzehntelanger Austeritätspolitik ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung. Erfahrung besteht dagegen mit Aushandlungslösungen zwischen sehr heterogenen Akteuren.

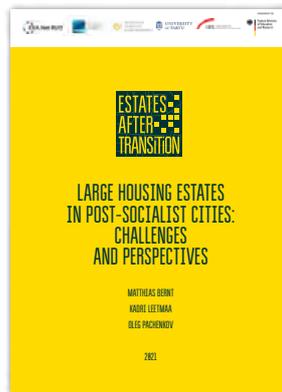
Vor diesem Hintergrund erweisen sich viele Best-Practice-Ratschläge aus dem akademischen Diskurs zu Großwohnsiedlungen als untauglich für Osteuropa. Es zeigte sich aber auch, dass die Institutionenlandschaften in osteuropäischen Ländern selbst sehr divers und die Übertragungsmöglichkeiten von politischen Konzepten innerhalb Osteuropas sehr begrenzt sind. Internationaler Dialog, nicht



Gebäude entlang der Korowinskoje-Chaussee in Moskau, Dmitrowski-Viertel im Nördlichen Distrikt

nur in akademischen Zirkeln, sondern auch unter Planungspraktiker\*innen, wird dagegen als sehr produktiv und wünschenswert wahrgenommen. Hier können Wissenstransferbemühungen der internationalen Planungsforschung ansetzen.

Ostdeutschland kann übrigens als Mischfall zwischen dem ost- und dem westeuropäischen Modell gelten. Auch hier wurden in großem Umfang Wohnungen privatisiert, jedoch nicht an die Mieter\*innen, sondern an Privatunternehmen, so dass heute in vielen Siedlungen bis zu ein Drittel der Wohnungen in der Hand von Finanzinvestoren sind. Sozial sind einige, aber bei weitem nicht alle ostdeutsche Siedlungen in den letzten Jahren in die Nähe von Brennpunkten wie Köln Chorweiler gerückt. Sozioökonomische Abwärtstrends sind jedoch sehr deutlich sichtbar. Hinsichtlich staatlicher Handlungsmöglichkeiten entspricht Ostdeutschland eher dem westeuropäischen Modell, mit immer noch beachtlichen staatlichen Interventionskapazitäten und einer tief verankerten Planungskul-



Bernt, Matthias; Leetmaa, Kadir; Pachenkov, Oleg (2021): *Large Housing Estates in Post-Socialist Cities. Challenges and Perspectives (Discussion Paper)*



zum  
Discussion Paper

- ▶ [www.estatetransition.org](http://www.estatetransition.org)
- ▶ [www.blog.urbact.eu](http://www.blog.urbact.eu)

tur. Städtebauliche und sozialpolitische Konzepte, wie sie in den Fallstudiengebieten Berlin-Marzahn und Halle-Neustadt zum Tragen kommen, stehen osteuropäischen Großwohnsiedlungen nicht zur Verfügung.

Die Ergebnisse des EAT-Projekts werden in ein Sonderheft der Fachzeitschrift *Journal of Housing and the Built Environment* einfließen, das voraussichtlich 2023 veröffentlicht wird und Beiträge zu Großsiedlungen in Großbritannien, Frankreich, Nordmazedonien, Finnland, Estland, Litauen und Russland enthalten wird. Erste Artikel aus EAT wurden bereits online veröffentlicht. Wohnungspolitische Schlussfolgerungen werden demnächst im Blog der EU-finanzierten Stadtentwicklungsplattform URBACT veröffentlicht.

*Das Projekt „Estates after Transition“ lief von Juli 2018 bis November 2021. Es wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderprogramms ERA.NET Plus with Russia finanziert. Die Koordination lag bei Matthias Bernt (IRS).* ■

# Die Reorganisation der kommunalen Integrationsarbeit am Beispiel von Schwerin, Halle und Cottbus

Ostdeutsche Städte werden seit 2015 zunehmend zu neuen Zielorten internationaler Migration. Die Zuwanderung erfolgte mehrheitlich in die Großwohnsiedlungen, die noch über größere Leerstände im Wohnungsbereich verfügten. Hier stieg der Anteil zugewanderter Bevölkerung stark an, was die Kommunen und städtischen Zivilgesellschaften vor große Herausforderungen stellte. Im Rahmen des „Stadtum-Mig“-Projekts hat das IRS die Neuausrichtung der kommunalen Integrationsarbeit ab 2015 untersucht. Die Forschenden konnten zeigen, dass die Kommunen schnell eigene Strukturen und Kooperationsnetzwerke etablieren konnten, deren Stabilisierung jedoch weiterhin schwierig ist.

Ostdeutsche Städte haben sich spätestens seit dem starken Zuzug Geflüchteter ab 2015 als Ankunftsorte etabliert. Besonders deutlich war die Veränderung in Städten mit Großwohnsiedlungen, die bis dato stark von Abwanderung und damit Leerstand betroffen waren. Solche Städte nahmen oftmals mehr Geflüchtete auf, als es der Königsteiner Schlüssel – der bundesweite Verteilungsschlüssel u. a. für Geflüchtete – vorgesehen hätte. Daher stieg in manchen Großwohnsiedlungen, wie etwa Halle-Neustadt und Schwerin-Mueßer Holz, der Anteil migrantischer Bevölkerung in kurzer Zeit von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau auf bis zu 30%. Infolgedessen haben diese Kommunen große Integrationsaufgaben zu bewältigen. Für die Städte hatte diese Entwicklung positive und negative Effekte. Einerseits konnten sie ihre Bevölkerungszahlen insbesondere in den Großwohnsiedlungen stabilisieren; die neuen Bewohner\*innen trugen zu einer Verjüngung in den Quartieren und auch zu einer Verringerung des Wohnungsleerstands bei (siehe S. 20). Der demografische Wandel verstärkte jedoch andererseits auch die Defizite in den Quartieren, u. a. die infrastrukturelle Unterversorgung (siehe S. 24 und 28). Die jüngste Zuwanderung Geflüchteter aus der Ukraine legt nahe, dass 2015 kein Einzelfall war, und Kommu-



Dr. Madlen Pilz  
Tel. 03362 793 179  
madlen.pilz@leibniz-irs.de

Madlen Pilz studierte Europäische Ethnologie. Aktuell ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Stadtentwicklungspolitiken“ des IRS. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Prozessen der städtischen Transformation und der Integration.

nen sich insgesamt darauf vorbereiten müssen, schnell auf Zuwanderungen reagieren zu können. Was kann also für die Zukunft von der Zuwanderungssituation 2015 gelernt werden? Wie müssen Kommunen dafür aufgestellt sein?

Mit diesen Fragen haben sich Wissenschaftler\*innen im Verbundprojekt „Stadtum-Mig – Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier? Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen“ in drei Großwohnsiedlungen in den ostdeutschen Verbund-Partnerstädten Schwerin, Halle und Cottbus beschäftigt (siehe Kasten S. 17).

Forschende des IRS haben dabei speziell die Transformation kommunaler Verwaltungsstrukturen und Handlungsansätze, insbesondere in den Integrations- und Stadtplanungsämtern in den drei Kommunen, untersucht. Um die Tragweite der Veränderungen zu erfassen, verglichen sie kommunale Handlungskonzepte, analysierten Dokumente und führten zahlreiche Experteninterviews mit Mitarbeitenden der Verwaltungen, der Regeldienste, in den Projekten sozialer Träger sowie mit Ehrenamtlichen verschiedener Initiativen und Selbstorganisationen von Migrant\*innen.



Drei zentrale Ergebnisse können auf der Grundlage dieser Untersuchungen formuliert werden:

- Eine Angleichung der Wertvorstellungen und Orientierungen in der kommunalen Integrationsarbeit hat weitestgehend bereits in den Jahren vor 2015 stattgefunden, und zwar hin zu einem Verständnis von Integration als einem gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess.
- Unabhängig davon sind die drei Projektkommunen bei der Entwicklung neuer Verwaltungsstrukturen seit 2015 und 2016 jedoch sehr unterschiedliche Wege gegangen.
- Die Einbindung des Ehrenamts spielt bei der Umsetzung der Integrationsaufgaben eine große Rolle.

## Von Improvisation zu strategischer Koordination

Die Reorganisation der kommunalen Integrationsarbeit nach 2015 vollzog sich in mehreren Phasen und lokal unterschiedlich. Zu Beginn wurde deutlich, dass existierende Strukturen an ihre Grenzen kamen. So zeigte sich in Schwerin und Halle, dass die bereits vorhandene Stelle der oder des Integrationsbeauftragten nicht mehr ausreichte, um die Situation adäquat anzugehen. In der ersten Phase, in der es um die Koordination der Erstaufnahme und Unterbringung der steigenden Zahl Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016 ging, etablierten sich neue Schlüsselfiguren in den Verwaltungen. In Schwerin war es der neu ernannte Sozialdezernent, in Cottbus die neue Koordinatorin für Asyl im Sozialdezernat. Dabei konnten sie auf verwaltungsinterne, ressortübergreifende Arbeitsgruppen in den Kommunen zurückgreifen. Nach etwa einem Jahr führten die Erfahrungen mit dem Ankunftsprozess zu einer zweiten Phase, in der sich sichtbare, aber in den untersuchten Städten sehr unterschiedliche Reorganisationen der kommunalen Strukturen im Integrationsbereich vollzogen.



Die Reorganisation der kommunalen Integrationsarbeit nach 2015 vollzog sich in mehreren Phasen. Zu Beginn wurde deutlich, dass existierende Strukturen an ihre Grenzen kamen.

In **Schwerin** wurden die vorhandenen Strukturen reorganisiert, indem das Büro des Integrationsbeauftragten um zwei Lotsenstellen erweitert dem Sozialdezernat zugeordnet wurde. Der neue Dezernent verfolgte eine umfassende konzeptionelle Verschränkung der Integrationsarbeit mit den kommunalen Pflichtaufgaben im sozialen Bereich, z. B. mit der Jugendsozialarbeit oder der Kitabedarfsplanung. Die Umstrukturierung machte es möglich, einen Teil die Integrationsaufgaben mit den laufenden Aufgaben in diesen Bereichen zu verknüpfen und teilweise auch darüber zu finanzieren.

In **Halle** wurde zur Verbesserung der Steuerung eine neue Struktur etabliert – das Dienstleistungszentrum Integration, welches dem Büro des Oberbürgermeisters unterstellt wurde. Das neue Zentrum verlieh der Integrationsarbeit eine große Sichtbarkeit und kann als Bekenntnis der Stadt zur Übernahme der Aufgaben gelesen werden. Neben der Leitungsstelle wurden hier die Integrationsbeauftragte und ein Team, welches die dezentrale Unterbringung der Geflüchteten managte, angesiedelt. Die spätere Ein-

bindung weiterer kommunaler Beauftragter und der Demokratieförderung in das Zentrum ermöglichte nicht nur eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Beauftragten, sondern auch eine Festigung der neuen Struktur.

Im Unterschied zu Schwerin und Halle wurde die Steuerung in **Cottbus** bottom-up angegangen. Die Koordinatorin für Asyl organisierte in allen vom Zuzug betroffenen Stadtteilen Konferenzen mit Engagierten und Mitarbeiter\*innen sozialer Träger und Projekte. Dabei ging es um die Herausforderungen in der Arbeit mit Geflüchteten, um Unterstützungsbedarfe durch die Verwaltung sowie die Vernetzung zwischen den Akteur\*innen. Ergebnis dieser Konferenzen war ein Forderungskatalog, der die Grundlage für die Verhandlungen mit der brandenburgischen Landesregierung zur Ausgestaltung und Finanzierung der Migrationssozialarbeit in Cottbus bildete. Des Weiteren wurden externe

Kommunale  
Verwaltungs-  
strukturen im  
Integrations-  
bereich können  
ganz unterschied-  
lich organisiert  
sein. Wichtig ist  
jedoch eine  
verlässliche  
Ausfinanzierung.

Fördermittel bei der Koordinationsstelle angesiedelt, so dass auch in Cottbus eine neue Struktur entstand – der Bereich für Bildung und Integration mit sechzehn Mitarbeiter\*innen, der nachträglich in das Büro des Oberbürgermeisters integriert und zum Fachdienst aufgewertet wurde.

Die sehr verschiedenen Formen der Neuaufstellung der Integrationsarbeit in den Städten hängen von verschiedenen Faktoren ab, erstens von den im Prozess etablierten Schlüsselfiguren und zweitens von ihren Möglichkeiten, die neuen Strukturen finanziell abzusichern. Denn Integrationsarbeit stellt nach wie vor eine freiwillige kommunale Aufgabe dar und Städte müssen die Mittelausstattung dafür mit den Landesregierungen immer wieder neu verhandeln. Das macht es den Kommunen oftmals sehr schwer, langfristige, neue Stellen oder Strukturen zur Steuerung der Integrationsaufgaben in den Verwaltungen zu etablieren.

## Projekt „StadumMig“ – Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier

Ostdeutsche Großwohnsiedlungen wandeln sich von Orten der Schrumpfung zu Schwerpunkten der Zuwanderung. Während die wachsenden Bevölkerungszahlen den Siedlungen eine neue Perspektive eröffnen, stellen sie auch neue Anforderungen an die Infrastruktur- und Freiraumplanung sowie an die Integrations- und Partizipationsansätze der Kommunen gegenüber den neuen Bewohner\*innen. Vor dem Hintergrund einer internationalen Debatte über sogenannte Ankunftsquartiere stellt sich die Frage, wie die monofunktionalen (und infrastrukturell schlechter ausgestatteten) Großwohnsiedlungen ihrer Rolle als Ankunftsstelle und Integrationszentren gerecht werden können.

Im Forschungsverbund „**Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwandererquartier? Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen (StadumMig)**“, nimmt das IRS gemeinsam mit dem Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden, dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin (BIM) und der Brandenburgischen Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH (B.B.S.M.) in Potsdam vier Großwohnsiedlungen in den Blick: Mueßer Holz und Neu-Zippendorf in Schwerin, Sandow in Cottbus und Südliche Neustadt in Halle (Saale). Im Zentrum des Interesses stehen die neu entstandenen Bedarfe an Infrastrukturen, Freiraumplanung,



► [stadummig.de](http://stadummig.de)

sozialen Dienstleistungen, Fragen des Zusammenlebens sowie die Handlungsansätze und Steuerungsformen, die in den Kommunen entwickelt werden. StadumMig erarbeitet Grundlagen- und Orientierungswissen über ein aktuelles Phänomen der Quartiersentwicklung, erstellt Handlungsleitfäden für die ausgewählten Kommunen und wird seine Erkenntnisse in ein Handbuch zur Anwendung in Kommunen mit ähnlichen Herausforderungen einbringen. Das Projekt StadumMig wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderprogramms „Leitinitiative Zukunftsstadt“ gefördert. Es läuft von Mai 2019 bis September 2022. Die Koordination liegt bei Matthias Bernt (IRS).

► Die Abschlusskonferenz des Projekts findet am 19. September 2022 statt.



## Integrationsarbeit im Quartier – asymmetrische Kooperationen

Auch bei der Umsetzung der Integrationsaufgaben sind die Kommunen auf Zuwendungen und Projektausschreibungen der Länder, des Bundes und der Europäischen Union angewiesen, daraus resultiert eine temporäre und projektbasierte Finanzierung der kommunalen Integrationsarbeit. Ein Weg, um diese sich regelmäßig verändernde Ausfinanzierung auszugleichen, ist der Einbezug des Ehrenamts in die Integrationsarbeit. Dies bringt natürlich auch einen großen Vorteil mit sich, nämlich die Beteiligung und Mitgestaltung des Integrationsprozesses durch die Bürger\*innen, wodurch auch eine Öffnung und Transformation der Gesellschaft insgesamt stärker unterstützt wird. In den Forschungen im StadtumMig-Projekt wurde deutlich, dass in den Stadtverwaltungen unterschiedliche Formen der Kooperation



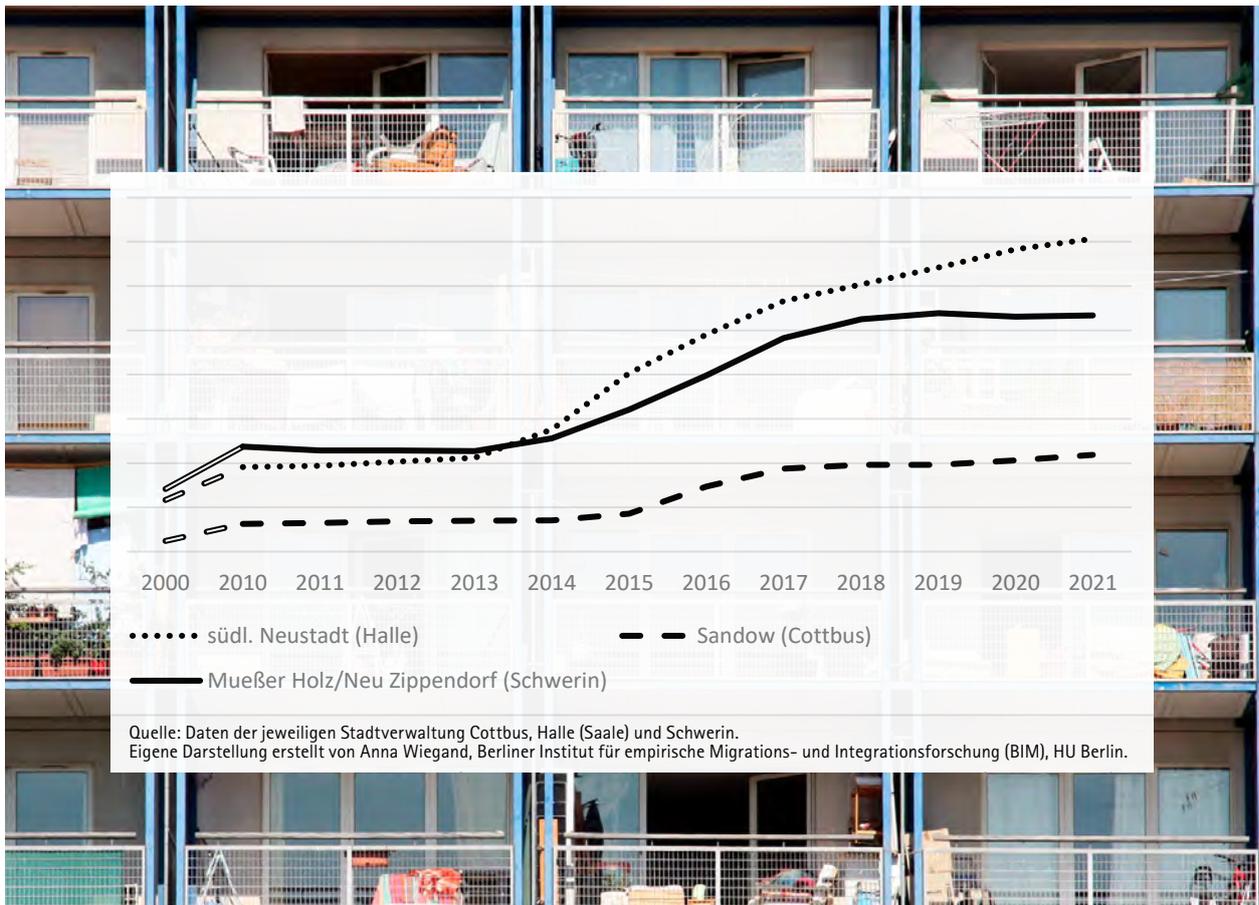
### Zum Weiterlesen

Jessop, Bob (2020): Putting Civil Society in Its Place. Governance, Metagovernance and Subjectivity. Bristol: Policy Press

Bommes, Michael (2018): Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In Frank Gesemann & Roland Roth (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, 99-123. Springer/VS.

mit dem Ehrenamt etabliert wurden. Schwerin und Halle, die bereits vor 2015 eine sehr gut aufgestellte Integrationsarbeit aufwiesen, verfügen über langjährige horizontale Strukturen zur Kooperation: die Integrationsnetzwerke, die von den Integrationsbeauftragten angeleitet werden. Die Fragen der Integrationsarbeit werden hier in verschiedenen thematisch organisierten Arbeitskreisen diskutiert. Cottbus stand 2016 diesbezüglich am Anfang, konnte aber aufgrund zahlreicher aktiver Initiativen schnell eine horizontale Arbeitsweise etablieren, die jedoch bislang nicht in dieser Form institutionalisiert wurde. Die Zusammenarbeit findet hier in Stadtteil- oder Fachkonferenzen statt.

Am Beispiel der drei Städte konnte beobachtet werden, dass sowohl Integrationsnetzwerke als auch die anlassbezogene Zusammenarbeit in Konferenzen geeignete Formen zur gemeinsamen Auseinandersetzung mit den



Anteil nicht-deutscher Bevölkerung in Stadtteilen in Prozent

Aufgaben in den Zuwanderungsquartieren sind. Allerdings zeigten sich deutliche Unterschiede bei der Art, wie Verwaltungen Ehrenamtliche ansprechen und einbinden. In Schwerin wird ein Augenmerk darauf gelegt, die wahrgenommenen Defizite des Ehrenamts auszugleichen, etwa – aus Sicht der Verwaltung – fehlende Effizienz und parallel laufende Aktivitäten. In Cottbus werden ehrenamtlich Engagierte dagegen in die gemeinsame Vorbereitung von Verhandlungen mit der Landes- oder Stadtregierung um Finanzen und neue Strategien eingebunden. Das Cottbuser Modell basiert somit stärker auf der Idee einer Allianz mit den Akteur\*innen im Quartier, während die Kooperation in Schwerin in der Vergangenheit durchaus dirigistische Züge aufwies.

Der britische Ökonom, Soziologe und Politikwissenschaftler Bob Jessop, der sich mit den Herausforderungen des Regierens in vertikalen und

horizontalen Netzwerken beschäftigt hat, weist auf die Schwierigkeiten hin, unterschiedliche Akteurstypen in horizontalen Netzwerken zu koordinieren. Diese zeichnen sich durch unterschiedliche Arbeitsweisen, Motive und Ressourcen aus, wodurch auch immer eine Machtasymmetrie die Netzwerke charakterisiert. Stehen beim Hauptamt (in diesem Fall also Verwaltungsmitarbeiter\*innen) Zielsetzungen, Effektivität und Synergien im Vordergrund, so geht es beim Ehrenamt um gegenseitige Unterstützung und Empowerment. Die Erkenntnisse des Stadtum-Mig-Projekts legen nahe, dass stärker top-down organisierte Koordinationsmodelle zwar sehr effizient sein können, aber die Gefahr bergen, die Freiwilligkeit des Ehrenamts zu wenig zu respektieren und dessen Entscheidungs- sowie Gestaltungsmöglichkeiten einzuschränken. Dadurch können die Asymmetrien in horizontalen Netzwerken aufbrechen, was die Kooperation beeinträchtigen würde.

Zusammenfassend betrachtet legt der interkommunale Vergleich im Stadtum-Mig-Projekt nahe, dass kommunale Verwaltungsstrukturen im Integrationsbereich ganz unterschiedlich organisiert sein können. Wichtig ist jedoch eine verlässliche Ausfinanzierung, um eine endlose Schleife zwischen situationsbedingtem Auf- und Abbau von Strukturen, Stellen und Projekten zu verhindern. Integrationsarbeit, die horizontal, als Kooperation mit Bürger\*innen angelegt ist, kann in der Stadtgesellschaft einen nachhaltigen Öffnungs- und Transformationsprozess befördern. ■

# Wer vermietet wie?

## Ein wohnungswirtschaftlicher Blick auf ostdeutsche Großwohnsiedlungen

Welche Rolle spielen wohnungswirtschaftliche Eigentumsverhältnisse bei der Entwicklung von Großwohnsiedlungen? Wie beeinflussen sie ihre Sozialstrukturen und Entwicklungsperspektiven? Das IRS ging diesen Fragen unter anderem in der südlichen Neustadt in Halle (Saale) und auf dem Dreesch in Schwerin nach. Es zeigte sich: Ostdeutsche Großwohnsiedlungen haben in den letzten Jahren eine Umschichtung der Hauseigentümerstruktur erlebt. Kommerzielle Investoren haben erhebliche Teile der Wohnungsbestände erworben und sind neben kommunalen und genossenschaftlichen Eigentümern zu einer strukturbestimmenden Größe geworden. Die Konsequenzen stellen sich sehr differenziert dar.

Im Rahmen des StadumMig-Projekts (siehe Kasten S.17) wurden in ausgewählten Großwohnsiedlungen die jeweilige Planungsgeschichte aufgearbeitet, Dokumente (z. B. Planungsdokumente und Geschäftsberichte) analysiert sowie Interviews mit Verwaltung, Wohnungswirtschaft, Stadtplanung und weiteren Akteuren geführt. Ziel war es, die unterschiedlichen Perspektiven auf den Wandel von Großwohnsiedlungen zu verstehen. Eigentumsstrukturen und wohnungswirtschaftliche Geschäftsmodelle bildeten dabei ein eigenes Untersuchungsmodul.

Der Weg zur heutigen Eigentümerstruktur ostdeutscher Großwohnsiedlungen lässt sich rückblickend als Abfolge von drei Verkaufswellen verstehen:

Eine erste Welle geht dabei auf das Alt schuldenhilfe-Gesetz (AltSchG) von 1993 zurück, das „altschuldenbelastete“ kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen aus der DDR verpflichtete, ein Sechstel ihrer Bestände zu privatisieren. Wohnungsunternehmen hatten Schulden bei der Staatsbank der DDR aufgenommen, die jedoch keine faktische Bedeutung für ihr wohnungswirtschaftliches Handeln hatten. Mit der Privatisierung der DDR-Staatsbank wurden aus „virtuel-



PD Dr. Matthias Bernt  
Tel. 03362 793 275  
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Matthias Bernt ist Politikwissenschaftler und Soziologe. Er leitet die Forschungsgruppe „Stadtentwicklungspolitiken“ sowie kommissarisch den Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung“ des IRS. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Fragen der Stadtentwicklung, insbesondere mit Migration, Gentrifizierung sowie Wohnungsmärkten und Wohnungsmarktpolitik. Dabei gilt sein Interesse besonders der politischen Steuerung von Stadtentwicklung.

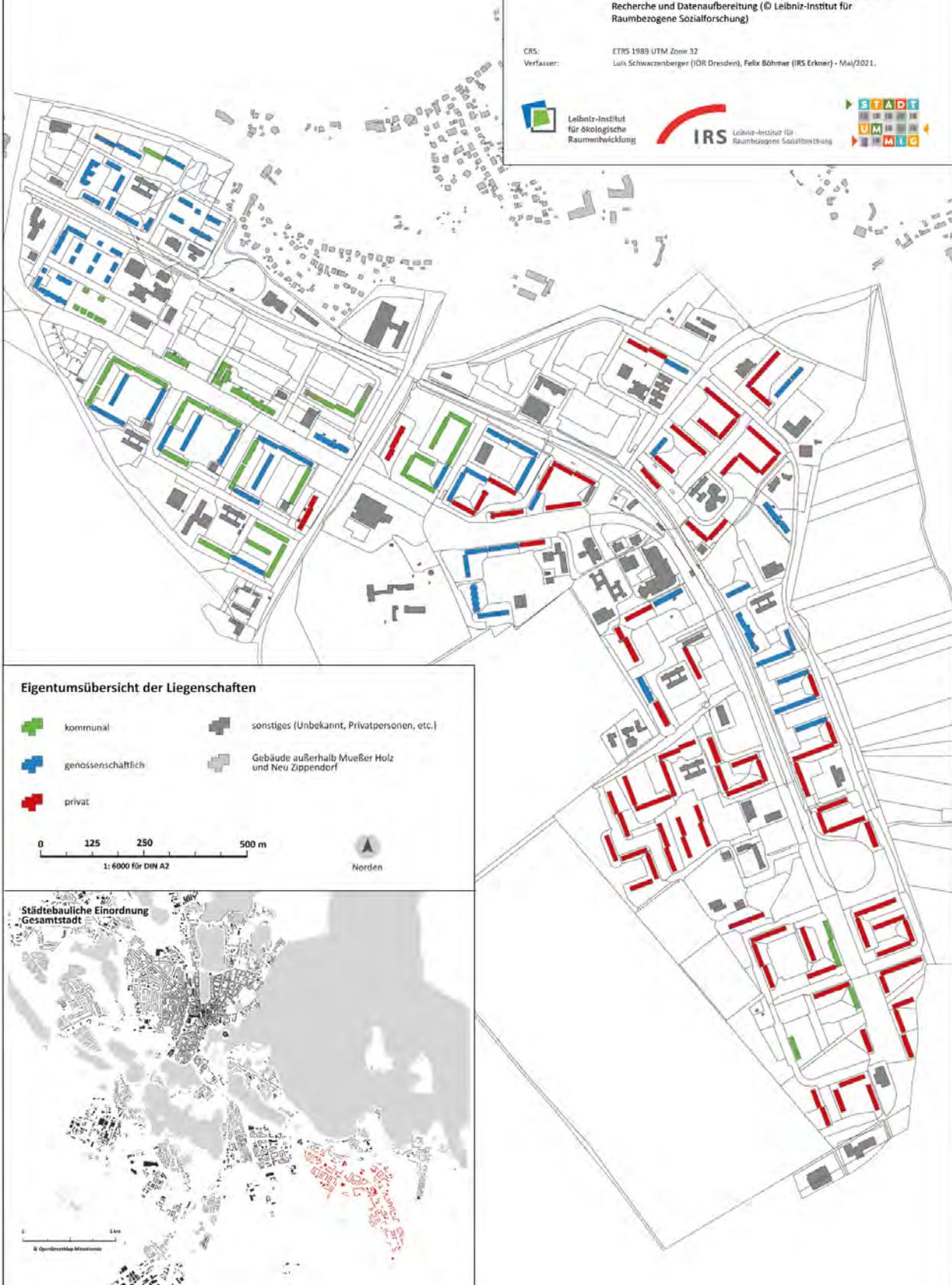
len“ echte Schulden. Die Regierungskoalition aus CDU und FDP beschloss, die Schulden durch einen staatlichen Alt schulden tilgungsfonds sowie eine pauschale Teilprivatisierung der Bestände abzubauen. Der Kauf dieser Wohnungen wurde schon damals zu einem Spielfeld für „Glückritter und Plattenbauhasardeure“, wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in seiner Ausgabe 11/2000 schrieb. Diese mussten fast ausnahmslos nach wenigen Jahren Konkurs anmelden. Die betroffenen Bestände gerieten damit in die Zwangsverwaltung der kreditgebenden Banken und wurden in den folgenden Jahren mehrfach weiterverkauft, häufig auch in „Paketen“ mit anderen Investments wie beispielsweise Windrädern oder Einkaufsparken.

Eine zweite Verkaufswelle setzte in den 2000er-Jahren ein. Zu diesem Zeitpunkt waren ostdeutsche Städte mit Bevölkerungsverlusten konfrontiert, die in den Großwohnsiedlungen dramatische Ausmaße angenommen hatten. Eine Folge dieser Situation war auch ein starker Preisverfall für Immobilien in den betroffenen Gebieten. Interviewpartner\*innen berichteten uns so, dass in den 2000er-Jahren Discount-Kaufpreise von 60 Euro pro Quadratmeter für einen unsanierten Plattenbau normal gewesen seien. Die in den 1990er-Jahren pri-

## Schwerin – Neu Zippendorf und Mueßer Holz Eigentumsverhältnisse

Datengrundlage: AFGVK Mecklenburg Vorpommern (ALKIS-Gebäude)  
Eigentumsübersicht ISEK 2016, © OpenStreetMap-Mitwirkende,  
Recherche und Datenaufbereitung © Leibniz-Institut für  
Raumbezogene Sozialforschung

CRS: ETRS 1989 UTM Zone 32  
Verfasser: Lutz Schwaczenberger (IOR Dresden), Felix Böhmer (IRS Erkner) - Mai/2021.



### Eigentumsübersicht der Liegenschaften

- kommunal
- genossenschaftlich
- privat
- sonstiges (Unbekannt, Privatpersonen, etc.)
- Gebäude außerhalb Mueßer Holz und Neu Zippendorf

0 125 250 500 m  
1: 6000 für DIN A2



### Städtebauliche Einordnung Gesamstadt



vatisierten Immobilien wurden über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren zwischen verschiedenen Eigentümern hin- und hergeschoben, wobei spekulative Geschäftsmodelle dominierten. Hinzu kamen weitere „freihändige“ Verkäufe von kommunalen und genossenschaftlichen Unternehmen, die in der schwierigen Marktsituation Liquidität brauchten.

Seit den 2010er-Jahren gehören Privatisierungen kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungen der Vergangenheit an, so dass kaum neue Bestände auf den Markt kommen. So kommt es zu Konzentrationsprozessen, bei denen Bestände von einem Finanzinvestor an den anderen weiterverkauft werden, Unternehmen fusionieren, oder Bestände in spezialisierten Subunternehmen zusammengefasst und weiterverwertet werden. Gewinne werden dabei vor allem durch die Ausnutzung von Skaleneffekten (Wirtschaftlichkeit durch Masse), durch Insourcing (die Abwicklung von Hausmeister-, Reparatur- und anderen Diensten über eigene Tochterfirmen, die auf äußerste Kosteneinsparung getrimmt werden) und, wo möglich, Mieterhöhungen erzielt. Auch diese Entwicklung lässt sich paradigmatisch in den untersuchten Stadtteilen beobachten. Beispielsweise wurden in der südlichen Neustadt in Halle (Saale) Bestände, die eine relativ kleine, auf Insolvenzaufkäufe spezialisierte Firma in den 2000er-Jahren erworben hatte, in den 2010er-Jahren von dem börsennotierten Unternehmen Grand City Properties mit Sitz in Luxemburg übernommen, um schließlich 2021 an die schwedische Heimstaden-Group weiterverkauft zu werden. Im Ergebnis liest sich die Liste der Eigentümer in beiden Stadtteilen heute wie ein Who is Who der finanzierten (also der von Renditeerwartungen von Anlegern auf dem Kapitalmarkt getriebenen) Wohnungswirtschaft in Deutschland.

Mit dem Aufstieg börsennotierter, stark renditeorientierter Wohnungsunternehmen sind in ostdeutschen Großwohnsiedlungen nunmehr drei



Bernt, Matthias (2021): Die Segregationsmaschine: Entmischung in deutschen Großwohnsiedlungen und ihre Ursachen. Die Wohnungswirtschaft, 74(2), 8-11.



Bernt, Matthias; Colini, Laura; Förste, Daniel (2017): Privatization, Financialization and State Restructuring in Eastern Germany: The Case of Am Südpark. International Journal of Urban and Regional Research, 41, 555-571.



Zum Weiterlesen

Grunze, Nico (2017): Ostdeutsche Großwohnsiedlungen: Entwicklung und Perspektiven. Springer/VS.

prägende wohnungswirtschaftliche Modelle anzutreffen. Sie unterscheiden sich mitunter deutlich darin, wie sie Wohnungen vergeben und wie sie mit ihren Immobilienbeständen umgehen.

Kommunale Wohnungsunternehmen

Kommunale Unternehmen werden generell in Deutschland von ihren Stadtverwaltungen häufig zur Unterstützung bei der Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben herangezogen. Hierzu zählt auch die Bereitstellung von Wohnraum für Personengruppen, die sich nicht selbst am Markt versorgen können, wie etwa Empfänger\*innen von Transferleistungen und Asylsuchende. In der Folge stellen kommunale Wohnungsunternehmen in der Regel in überproportionalem Maße Wohnraum für einkommensschwache und am Wohnungsmarkt diskriminierte Gruppen zur Verfügung. Der Umstand, dass die Bestände der Unternehmen räumlich stark auf die Großwohnsiedlungen konzentriert sind, führt an sich bereits zu einer verstärkten räumlichen Konzentration von sozial Benachteiligten in diesen Siedlungen.

Genossenschaften

Neben den kommunalen Unternehmen stellen die Wohnungsbaugenossenschaften eine zweite Säule der Wohnraumversorgung in den Großwohnsiedlungen in Ostdeutschland dar. Aufgrund ihrer spezifischen Rechtskonstruktion haben sie häufig eine Tendenz zum Strukturkonservatismus, bei der die Vorstände keine Vorschläge in die Mitgliederversammlung einbringen, von denen sie erwarten, dass sie bei der Mehrheit der Mitglieder auf Ablehnung stoßen. Das gilt in besonderem Maße auch für die Unterbringung stigmatisierter Bevölkerungsgruppen. Hinzu kommt, dass Wohnungsbewerber\*innen bei Genossenschaften zusammen mit der Anmietung einer Wohnung auch Genossenschaftsanteile zeichnen müssen. Für Transferleistungsbe-

ziehende ist das ein erhebliches Problem, da diese Kosten nur selten von den Jobcentern bzw. den Ausländerämtern übernommen werden. In der Folge ist der Anteil dieser Personengruppen in den genossenschaftlichen Beständen weit unterdurchschnittlich.

## Privatwirtschaftliche Vermietung

Die Vermietungspolitiken privater, oftmals kapitalmarktgetriebener Wohnungsunternehmen gestalten sich außerordentlich heterogen. Neben Unternehmen, die fast nie an Transferleistungsempfänger\*innen und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft vermieten, finden sich auch Unternehmen, die ihr Vermietungsgeschäft auf genau diese Gruppen ausrichten. In diesem Fall werden niedrige Kaufpreise, hohe Belegungsquoten, niedrige Bewirtschaftungskosten und staatlich gesicherte Mietzahlungen zu einem erfolgreichen Vermietungsmodell kombiniert. Anders als kommunale und genossenschaftliche Unternehmen sind die vor Ort arbeitenden Hausverwaltungen eng in globale Unternehmensstrategien eingebunden, in denen die Entwicklung der einzelnen Standorte nur eine untergeordnete Rolle spielt. Sie haben häufig enge Zielvorgaben in Bezug auf die Mieteinnahmen und wenig Spielraum für Investitionen. In der Folge konzentrieren sie sich oft auf die Gewährleistung hoher Vermietungsquoten und treten hierfür sehr kompetitiv auf dem Markt auf. Berichtet wird so von der „99 Euro-Wohnung“, von der Verteilung von arabischsprachigen Flyern vor Flüchtlingsunterkünften und einem Verzicht auf Schuldenfreiheits- und Bonitätsprüfungen. Folgendes Zitat aus einem Interview mit einer Hausverwaltung gibt diese Orientierung prägnant wieder:

„Irgendwo an einem fernen Standort sitzt ein Vermietungsmensch, der die Statistiken bearbeitet. Und dem ist das ehrlich gesagt egal, ob wir jetzt ein Kopftuch unterbringen oder ob wir einen Hartz IV-Empfänger unterbrin-



gen. Hauptsache [...] das, was an Kündigungen reinkommt, kompensiert sich durch Neuabschlüsse [...] wieder.“

In Folge dieser Vermietungspraxis können Haushalte, die anderswo diskriminiert werden oder sich aufgrund ihrer Einkommenssituation nur die preiswertesten Angebote leisten können, in den von Finanzinvestoren gekauften Wohnungen häufig noch am ehesten eine Unterkunft finden. Wie bei den kommunalen Unternehmen kommt es dadurch zu einer verstärkten Konzentration von Armutshaushalten in den entsprechenden Beständen.

In der Gesamtschau ergibt sich damit ein differenziertes Bild: Auf der einen Seite gibt es erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Vermietern. Vor allem die Genossenschaften sind dabei „Stabilitätsanker“ in den Gebieten. Allerdings geht das auch mit einem schwächeren Engagement für die Versorgung einkommensschwacher Gruppen mit Wohnraum einher. Diese Aufgabe wird größtenteils von den kommunalen Unternehmen und einigen privaten Vermietern übernommen. Als Daumenregel kann man festhalten: Je höher der Anteil kommunaler und/oder privater Vermieter in einer Großwohnsiedlung, desto niedriger der soziale Status. Verlierer sind dabei in erster Linie die Gebiete,

in denen sich in der Vergangenheit Abrisse im Rahmen des Stadtumbaus und Privatisierungen kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungen konzentrieren. Hier haben sich in kürzester Zeit extreme Armutskonzentrationen entwickelt. Die im Stadtumig-Projekt untersuchten Quartiere gehören in der Tat zu dieser Gruppe.

Die große Bedeutung kommerzieller Wohnungsunternehmen für die starke Konzentration finanzschwacher und/oder migrantischer Haushalte in Großwohnsiedlungen wird in Diskussionen über die planerische und stadtpolitische Steuerung der sozialen Entwicklung von Großwohnsiedlungen bislang vernachlässigt. In den entsprechenden Netzwerken bewegen sich fast ausschließlich kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, die eng mit der Politik zusammenarbeiten und sich seit langer Zeit an Prozessen der kooperativen Quartiersentwicklung beteiligen. Kommerzielle Wohnraumbietler stellen bislang einen „weißen Fleck“ dar. Sie sind über rein freiwillige Kooperation nicht zu erreichen, spielen aber gleichzeitig eine Schlüsselrolle. Die Frage, wie sie in Bemühungen um eine sozial nachhaltige Entwicklung von Großwohnsiedlungen eingebunden werden können, muss aktiver gestellt werden. ■

# Eignen sich Freiräume in Großwohnsiedlungen als Orte der Begegnung?

Großwohnsiedlungen wurden ursprünglich mit eigenen Stadtteilzentren und viel Grün zwischen den Gebäuden geplant. Im Projekt „StadtumMig“ hat das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden die städtebaulichen Strukturen, Freiräume und Infrastrukturen ausgewählter ostdeutscher Großwohnsiedlungen daraufhin untersucht, ob sie auch heute noch Orte für Begegnungen, für Austausch und fürs Kennenlernen bieten. Es zeigte sich, dass es an geeigneten Begegnungsorten mangelt. Gerade unter dem Eindruck eines erneuten Einwohnerwachstums durch Migration steht die Freiraumplanung in Großwohnsiedlungen deshalb vor großen Herausforderungen.

Im Teilprojekt des IÖR im Rahmen des Projekts „StadtumMig“ (siehe S. 17) wurden die Potenziale und Hindernisse der Aneignung öffentlicher Räume untersucht. Dazu wurden zwei Perspektiven auf die baulich-räumliche Situation von Großwohnsiedlungen eingenommen: einerseits die des gebauten Raums mit seinen baulichen, physischen und funktionalen Aspekten (z. B. Infrastruktur, Wohngebäude oder Bezüge zur Landschaft), andererseits die des gelebten Raums basierend auf dem Alltagserleben der Menschen, ihrer Bedarfe und Ressourcen. Es wurden Kartierungen vor Ort, Online-Spaziergänge mit lokalen Akteuren, Interviews, Dokumenten- und Datenanalysen sowie Umfrageergebnisse genutzt.

## Die Ausgangslage – Viel Grün, aber wenig los

Ostdeutsche Großwohnsiedlungen zeichnen sich durch einen hohen Grünanteil aus. Bereits die ursprünglichen städtebaulichen Planungen aus den 1960er bis 1980er-Jahren sahen große, weite Grünflächen vor. Die Wohngebäude stehen in der Regel mit Abstand zum Straßenraum. So fanden und finden sich viele „Abstandsgrünflächen“ ohne echte Funktion oder Nutzungsangebote. Es gab und gibt aber auch vielfältig bepflanzte Vorgartenbereiche an den Eingängen der Gebäude. In



Dr.-Ing. Stefanie Rößler  
S.Roessler@ioer.de

Stefanie Rößler ist Seniorwissenschaftlerin am Interdisziplinären Zentrum für transformativen Stadumbau im Forschungsbereich „Transformative Kapazitäten“ am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Instrumente der Stadt- und Freiraumplanung und die Freiraumentwicklung in schrumpfenden Städten als Beitrag zur Nachhaltigkeitstransformation.

Dr.-Ing. Katja Friedrich

Katja Friedrich ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am „Interdisziplinären Zentrum für transformativen Stadumbau“ im Forschungsbereich „Transformative Kapazitäten“ am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Raumaneignung, Architekturtheorie, Stadumbau und temporäre Architektur.

den Höfen zwischen den Zeilenbauten gibt es Rasenflächen und Bepflanzungen. Sie wurden ursprünglich vor allem als Wäschetrockenplätze genutzt. Vereinzelt finden sich Aufenthaltsbereiche mit Spielgeräten. In den Randbereichen wurden häufig größere Stadtparks mit vielfältigen Freizeitmöglichkeiten angelegt. Zudem grenzen die Siedlungen oft an Landschaftsräume wie Wälder oder Flussufer. In den Siedlungen waren ursprünglich außerdem Stadtteilzentren vorgesehen, die verschiedene Einkaufs- und Dienstleistungsangebote bündeln und als Fußgängerbereiche mit Aufenthaltsmöglichkeiten gestaltet wurden. Diese wurden allerdings nur zum Teil umgesetzt, da bereits in der Entstehungszeit in einigen Gebieten die Ressourcen dafür fehlten.

Nach 1989 wurde mit Fördermaßnahmen aus dem Bundesprogramm „Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete“ versucht, diese zum Teil noch fehlenden städtebaulichen Elemente zu ergänzen und auch die Freiraumausstattung zu verbessern. Spielplätze und weitere Stadtteilparks wurden neu geschaffen und die bestehenden aufgewertet, auch um dem zunehmend negativen Image der „Platte“ etwas entgegenzusetzen. Mit der Diagnose hoher Leerstände als Folge dramatischer Bevölkerungsverluste in fast allen ostdeutschen Städ-



Vertane Chance: Die Fußgängerzone „Am Treff“ auf der Nord-Süd-Verbindung im Wohngebiet Halle/Südliche Neustadt ist durch diverse inhabergeführte Geschäfte nicht nur kleinteilig strukturiert, sondern auch gut besucht. Der neue Einzelhandelskomplex gegenüber kehrt diesem belebten Ort nur eine fensterlose Rückseite zu.



Cottbus-Sandow: Die Fußgängerzone aus DDR-Zeiten wurde mit flachen gewerblich genutzten Neubauten ergänzt. Sie bietet beidseitig Läden, die den Fußgängerbereich beleben. Sitzgelegenheiten und neu gepflanzte Bäume ermöglichen einen Aufenthalt ohne Konsumzwang.

ten und dort vor allem auch in den Großwohnsiedlungen änderte sich die wohnungswirtschaftliche und folglich auch die stadtplanerische Perspektive auf die Wohngebiete. Der umfangreiche Rückbau, der seit 2002 im Rahmen des Bundesprogramms „Stadtumbau Ost“ gefördert wurde, ist vor allem in den Beständen der Großwohnsiedlungen umgesetzt worden. Die ursprünglich in den meisten Städten favorisierte Strategie des Rückbaus von außen nach innen mit dem Ziel, kompakte und funktionsfähige städtebauliche Strukturen zu erhalten, die netzgebundenen Infrastrukturen weiterhin effizient zu betreiben und letztlich die Randbereiche für andere, vor allem landschaftsbezogene Flächennutzungen nachzunutzen, ist in den meisten Städten nicht geglückt. Obwohl es entsprechende stadtplanerische Konzepte gab, bestimmten letztlich vielerorts, in Folge erzwungener Privatisierung, die Interessen privatwirtschaftlicher Eigentümer das Geschehen (siehe 20 und 30). Die Steuerungsmöglichkeiten integrierter Stadtentwicklungskonzepte oder Stadtumbaukonzepte waren daher im Grunde auf die verbliebenen kommunalen und genossenschaftlichen Bestände begrenzt.

In der Folge wurden nahezu überall punktuell Gebäude abgerissen, sowohl Wohngebäude als auch Funktionsgebäude wie Kindergärten, die häufig in den Blockinnenbereichen der Wohnzeilen lagen. Dies hat zu einer enormen Zunahme an Freiflächen geführt, für die es (zunächst und wohl auch künftig in den meisten Fällen) „nur“ die Option einer Nachnutzung als grüner Freiraum gibt. Für eine Wiederbebauung gab es keinen Bedarf, und die Förderbestimmungen untersagten dies in der Regel ohnehin für die nächsten zehn Jahre. Dies mag – vor allem auch im Vergleich zu dicht bebauten Innenstadtquartieren – nach Luxus klingen. An einigen Orten konnten dadurch auch neue, attraktive Freiräume geschaffen werden. Für die Überzahl der Flächen ließen sich aber kaum sinnvolle und vor allem kaum langfristig finanzierbare freiraumplanerische Nutzungs- und

In den Quartieren  
finden sich wenig  
alltägliche Anlässe  
für Menschen, sich  
tatsächlich zu  
begegnen.  
Gleichzeitig sind  
diese Anlässe nur  
selten auch mit  
Orten verknüpft,  
die Aufenthalt  
und Austausch  
ermöglichen.

Gestaltungsansätze finden. Und so finden sich in den Siedlungen aktuell noch mehr weite, grüne Flächen, die vielerorts vor allem Leere und Ereignislosigkeit vermitteln. Auch die Bewohner\*innen nehmen solche Flächen weniger als Potenziale wahr, eher verschärfen sie die Wahrnehmung von Niedergang und Abwertung.

### Mangel an Begegnungsmöglichkeiten und Möglichkeiten zur Verbesserung

Mit der starken Fluchtmigration seit 2015 verzeichnen die Großwohnsiedlungen wieder Zuzug. Neben dem reinen Bevölkerungswachstum verändert sich dadurch auch die demografische Zusammensetzung der Einwohnerschaft: Haushalte werden jünger, internationaler und größer. Die Quartiere müssen also in vergleichsweise kurzer Zeit große Umbrüche in ihrer Bevölkerungs- und damit auch Sozialstruktur bewältigen. Die Gestaltung der Freiräume in den Siedlungen wird dadurch vor neue Herausforderungen gestellt. Freiraum als öffentlicher Raum innerhalb der Siedlungen wird – vielleicht mehr denn je – als niedrigschwelliger, allen zugänglicher Ort der Begegnung im Quartier benötigt. Die vorhandenen Frei- und Grünflächen stehen allerdings im Spannungsfeld vielfältiger und teilweise divergierender Anforderungen von neuen und alten Bewohnergruppen. Das betrifft etwa Fragen des Lärmempfindens, der Sauberkeit, der Gleichberechtigung von Nutzergruppen und des Sicherheitsbedürfnisses im öffentlichen Raum. Zugleich unterstützt die Gestaltung des öffentlichen Raums in Großwohnsiedlungen die eigentlich dringend benötigten Begegnungen zwischen Menschen zu wenig.

In den Quartieren finden sich wenig alltägliche Anlässe für Menschen, sich tatsächlich zu begegnen. Gleichzeitig sind diese Anlässe nur selten auch mit Orten verknüpft, die Aufenthalt und Austausch ermöglichen. Straßenbahnhaltstellen beispielsweise liegen in den Quartieren häufig isoliert im Straßen-

raum. Selten haben sich an diesen Transitorten Kioske oder Imbisse angesiedelt, die die eigentlich sehr belebten Orte funktional ergänzen würden. Die ursprünglich vorgesehenen Stadtteilzentren funktionieren nur noch an wenigen Orten, so etwa in Cottbus-Sandow. Hier findet sich ein gelungenes Beispiel für das Zusammenspiel von Alt und Neu mit gebrauchtorientierter freiraumplanerischer Gestaltung und sinnvoller städtebaulicher Ausrichtung. Häufiger jedoch wurde das räumliche Gefüge der Stadtteilzentren, und damit auch die potenzielle funktionale Mischung, im Zuge von Abrissmaßnahmen beeinträchtigt. Großmaßstäbliche bauliche Ergänzungen mit Supermärkten oder neuen Einkaufszentren stehen häufig nicht im städtebaulichen Zusammenhang, ihre Ausrichtung auf Parkplätze und gute Erreichbarkeit mit dem Pkw erschwert zudem die Ausbildung attraktiver Orte. So kehrt in Halle-Neustadt „Am Treff“ ein neues Einkaufszentrum der bestehenden Fußgängerzone eine geschlossene Fassade zu, womit die Chance zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität des bestehenden Fußgängerbereichs nicht genutzt wurde. Die Wiederbelebung und Aufwertung dieser Zentren kann deshalb ein wichtiger Baustein sein, zum einen das Versorgungsangebot wieder vielfältiger, kleinteiliger und damit auch attraktiver zu machen und zum anderen zumindest an einigen Stellen in den Quartieren alltagsweltliche Begegnungsorte im menschlichen Maßstab zu schaffen.

Neben funktionierenden Zentren fehlt es auch an nutzbaren Freiräumen. Trotz des generell großen Freiflächenangebots ist ein Mangel an gestalterisch und funktional offenen Räumen und Grünflächen zu erkennen, die Bewohner\*innen zur Nutzung und Aneignung einladen: Es fehlen beispielsweise Sitzplätze in Nähe der Gebäude, Aufenthaltsmöglichkeiten auf den Vorplätzen der Supermärkte oder Dienstleistungsgebäude oder Picknickplätze in den Parks, die von allen genutzt werden können. Zwar bestehen spezifische



Angebote für Kinder oder Sportinteressierte, und viele Vereine und Initiativen bespielen auch einzelne Räume im Rahmen ihrer zielgruppenspezifischen Unterstützungs-, Bildungs- oder Freizeitangebote im Quartier (z. B. Bauspielplatz, Gemeinschaftsgarten). Diese Betreuung einzelner Freiräume ist jedoch von Kümmernern und Fördergeldern abhängig. Eine langfristige Perspektive wird damit erschwert. Spezifische zielgruppenorientierte Angebote schließen gleichzeitig andere Nutzer\*innen und Nutzungen aus. Diese an sich natürlich wertvollen Angebote können den Mangel an geeigneten alltagsweltlichen Begegnungsorten und Anlässen, wie etwa den Besuch am Obst- und Gemüsestand, am Eiswagen oder dem nachbarschaftlichen Treffpunkt im Hof oder vorm Haus, nicht vollends ausgleichen.

Der individuellen oder auch gemeinschaftlichen Aneignung der Grünflächen sind verschiedene Grenzen gesetzt. Auf den Balkonen, teilweise auch an den Eingangsbereichen der Gebäude oder in zum Teil vorhandenen Mietergärten in den Quartieren erkennt man den Wunsch vieler Bewohner\*innen sich Räume anzueignen, indem sie funktional und gestalterisch den eigenen Vorstellungen angepasst werden. Im größeren Stil ist dies kaum möglich. Selbst die wohnungsnahen Grünflächen sind sehr groß, wenig strukturiert und es ist nicht einfach ersichtlich, wem die Flä-

chen eigentlich gehören und wer entsprechend Ansprechpartner für eine aktive Nutzung und mögliche Gestaltung wäre. Es gibt einige, allerdings häufig von der Stadtverwaltung oder den in den Gebieten aktiven Institutionen initiierten und betreuten Gemeinschaftsgärten. Solche Gärten haben im Grundsatz das Potenzial, Menschen zusammenzubringen und zugleich das Wohnumfeld und dem Lebensalltag der Bewohner\*innen der Quartiere aufzuwerten.

Das Gärtnern kennen viele Menschen aus ihrer Kindheit, ihren Herkunftsländern oder sie begeistern sich einfach fürs Selbermachen oder wünschen sich Zugang zu frischen, lokal erzeugten, vielleicht auch speziellen oder preiswerten Lebensmitteln. Die gemeinsame Arbeit im Garten wird entsprechend positiv gesehen. Während derartige Gärten in anderen Quartierstypen fast schon zum städtebaulichen Repertoire gehören, gab es bisher kaum erfolgreiche Bottom-up-Initiativen aus der Bewohnerschaft von Großwohnsiedlungen, wenngleich der Wunsch danach häufiger geäußert wird. Neben den wenig förderlichen räumlichen Bedingungen sind es sicher auch fehlende Vernetzungsmöglichkeiten und institutionelle Hürden, beispielsweise auf Flächeneigentümer oder die Stadtverwaltung zuzugehen. Hier könnten konkrete Aktionen zur Aktivierung und Selbstermächtigung unterstützen. ■

# Soziale Mischung: eine sinnvolle Handlungsorientierung?

Der Befund ist eindeutig: In vielen Großwohnsiedlungen kommt es zu Zuzügen einkommensschwacher Haushalte. Weil diese anderswo keinen adäquaten Wohnraum finden, ziehen sie dorthin, wo er noch zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung steht. In der Summe steigt dadurch in den Großwohnsiedlungen die Konzentration von Armut. Welcher Handlungsauftrag folgt daraus für die Politik? Nach wie vor herrscht in der öffentlichen Debatte das Bild einer „sozialen Mischung“ vor, die durch eine gezielte Steuerung der Bewohnerstruktur von Großwohnsiedlungen aufrecht zu erhalten oder wiederherzustellen ist. Doch die wissenschaftliche Evidenz dafür ist dünn. Eine andere Größe ist wichtiger und leichter politisch zu beeinflussen: die Infrastrukturausstattung.

Verfolgt man die Diskussion zu Großwohnsiedlungen in der Öffentlichkeit, so dominiert vor allem ein Narrativ: „Die soziale Mischung ist in Gefahr!“. Verbunden mit häufig dystopischen Assoziationen befürchten Politiker\*innen und Planer\*innen die Herausbildung von „Ghettos“, warnen vor „Parallelgesellschaften“ und sehen die „Integrationsfähigkeit“ unserer Städte bedroht. Solche Ängste gründen auf der durchaus auch in der Forschung diskutierten Idee von „Nachbarschaftseffekten“. Vereinfacht ausgedrückt nimmt diese Theorie an, dass das Leben in einer benachteiligten Nachbarschaft für benachteiligte Haushalte zu zusätzlichen Schwierigkeiten führt. Aus dieser Diagnose leiten Wohnungsunternehmen und Politiker\*innen die Forderung ab, Belegungsquoten für Niedrigeinkommenshaushalte in großen Wohnungsbeständen gering zu halten und lieber nicht zu viele Sozialwohnungen in Großwohnsiedlungen zu errichten. Doch wie werden die postulierten „Nachbarschaftseffekte“ genau begründet, und wie haltbar sind die Begründungen? Können sie tatsächlich bestimmte politisch-planerische Interventionen rechtfertigen?

Einige Forschende verweisen bei Nachbarschaftseffekten vor allem auf Stigmatisierungsprozesse, also auf die Aus-



PD Dr. Matthias Bernt  
Tel. 03362 793 275  
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Matthias Bernt ist Politikwissenschaftler und Soziologe. Er leitet die Forschungsgruppe „Stadtentwicklungspolitiken“ sowie kommissarisch den Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung“ des IRS. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Fragen der Stadtentwicklung, insbesondere mit Migration, Gentrifizierung sowie Wohnungsmärkten und Wohnungsmarktpolitik. Dabei gilt sein Interesse besonders der politischen Steuerung von Stadtentwicklung.

wirkungen einer „schlechten Adresse“ auf die Lebenschancen benachteiligter Personen. Dieser Zusammenhang ist durch einzelne qualitative Studien, beispielsweise über die Diskriminierung bei Bewerbungen oder bei der Kreditvergabe, belegt. Insgesamt sind Stigmatisierungen aber schwer nachzuweisen. Stigmatisierung und Diskriminierungen lassen sich zudem nur schwer von der Politik steuern, denn sie entstehen in komplexen und nur schwer von der Politik zu beeinflussenden gesellschaftlichen Diskursen und schlagen sich in vielfältigen Mikropraktiken (z. B. bei der Auswahl zwischen unterschiedlichen Wohnungsbewerber\*innen) nieder.

Eine weitere Perspektive verweist auf Sozialisierungseffekte. Hier wird angenommen, dass die Tatsache, dass Heranwachsende in den entsprechenden Vierteln fast ausschließlich Kontakt zu statusniedrigen Personen haben, ihre Sozialisation so stark prägt, dass ein sozialer Aufstieg unmöglich gemacht wird. Wer nur von Arbeitslosen umgeben ist, kommt auch nicht auf die Idee Professor zu werden, so die Theorie. Von allen Perspektiven impliziert diese am eindeutigsten, dass ein hoher Anteil an Armutshaushalten an sich (wie es etwa die Regierende Bürgermeisterin von Berlin ausdrückte) zu einem „Zuviel an sozialen Problemen



an einem Platz“ führe. Dieser Zusammenhang ist allerdings umstritten, und die wissenschaftliche Beweislage für die „Kontakthypothese“ ist dünn. Wie jemand heranwächst, ist einfach von zu vielen Faktoren abhängig. Neuere Forschungen zu migrationsgeprägten Quartieren haben außerdem gezeigt, dass räumliche Konzentrationen von Haushalten mit gleichen sozialen Merkmalen auch zu mehr gegenseitiger Unterstützung und damit besserer Integration führen können. Doch selbst wenn man die sehr fragwürdige Prämisse teilt, dass Arme von Armen Armut lernen, ergibt sich die Frage, ob man dieses Problem durch Zugangssperren und weniger Sozialwohnungen in den Großwohnsiedlungen in den Griff bekommen kann. Angesichts hoch angespannter städtischer Wohnungsmärkte und fortschreitender Verdrängung ärmerer und selbst Mitteleinkommenshaushalte aus Innenstadtquartieren ist der Zuzug in Großwohnsiedlungen derzeit näm-

lich schlicht alternativlos – jedenfalls solange nicht deutlich mehr Sozialwohnungen auch in wohlhabenden Gegenden errichtet werden.

Eine dritte Lesart fokussiert auf die Infrastrukturausstattung und argumentiert, dass Stadtteile mit vielen armen Bewohner\*innen in der Regel verkehrstechnisch schlechter angebunden sind, eine weniger diversifizierte Gewerbeinfrastruktur und häufig auch schlechtere Schulen und Kultur- und Sozialeinrichtungen haben. Wer schlechter ausgebildet wird, sich schlechter ernähren kann und Barrieren überwinden muss, um etwa in den Genuss von Kultur zu kommen, ist in dieser Perspektive gegenüber Stadtbewohner\*innen, die all dies in räumlicher Nähe haben, zusätzlich benachteiligt. Diese Perspektive richtet den Blick auf materielle Benachteiligungen, z. B. durch mangelnde ÖPNV-Verbindungen und überforderte Schulen. Statt das Prob-

lem bei den Menschen in benachteiligten Quartieren zu verorten, betont sie die gesellschaftlich-räumliche Allokation von Ressourcen. Sie eröffnet damit unmittelbar eine Handlungsperspektive: Nachbarschaften, in denen sich Haushalte mit sozialen Problemen konzentrieren, brauchen zusätzliche Unterstützung. Sie müssen besonders gut mit ÖPNV- und Breitbandverbindungen erschlossen, mit besonders gut ausgestatteten Schulen versorgt und mit einer besonders aktiven Jugend-, Freizeit- und Kulturförderung gestärkt werden.

In der Summe wird also deutlich, dass das Paradigma der sozialen Mischung nicht den besten Zugang zu den tatsächlichen Problemen in von Armut geprägten Quartieren bietet. Eine Politik, die auf einen städtischen Nachteilsausgleich im Infrastrukturbereich setzt, wäre hier zielgerichteter und effektiver. ■

# „Die Großsiedlung gibt es nicht. Es gibt verschiedene Großsiedlungen!“

Schwerin-Mueßer Holz ist eine von drei ostdeutschen Großwohnsiedlungen, die im „StadtumMig“-Projekt unter die Lupe genommen wurden. Der Stadtplaner Reinhard Huß hat seit den frühen 1990er-Jahren die Entwicklung des Quartiers begleitet. Im Interview blickt er zurück und äußert sich zur Diskussion über Großwohnsiedlungen als Ankunftsquartiere.

**Sie kamen 1993 nach Schwerin. Was war Ihr erster Eindruck von den dortigen Großwohnsiedlungen im Vergleich zu denen, die Sie aus Westdeutschland kannten?**

Den Vergleich Bundesrepublik-Schwerin habe ich eigentlich nie so gemacht. Es war eine sehr aufregende Zeit, weil vieles relativ unbürokratisch möglich war. Und etwas Vergleichbares in dieser Größenordnung hatte ich eben auch noch nicht kennengelernt. Ich hatte mich vorher mehr mit Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet beschäftigt, die von den Zechen für ihre Arbeiter angelegt wurden, und mit Großsiedlungen nur am Rande. Von daher war Schwerin-Mueßer Holz für mich etwas komplett Neues.

**Gab es etwas, das Sie total überrascht hat, als Sie nach Mueßer Holz gekommen sind?**

Ja, bezogen aufs Mueßer Holz war das Überraschende, wie schnell der Wegzug erfolgte. Die Bevölkerungsentwicklung war sehr stark rückläufig. Wir haben eine Rahmenplanung erstellt, aber in deren Verlauf waren die Prognosen, die im Zusammenhang damit erstellt wurden, eigentlich schon überholt. Wir hatten damals StadtBüro Hunger als Rahmenplaner, der die Plattenbau-Siedlungen als sehr zukunftsfähig ansah und sich für den



Reinhard Huß

Reinhard Huß ist Raumplaner. Von 1993 bis 2022 war er beim Fachdienst Stadtentwicklung und Wirtschaft für die Weiterentwicklung der Großsiedlungen zuständig, insbesondere für die Stadtteile Großer Dreesch, Neu Zippendorf und Mueßer Holz. Im Rahmen des Projekts „StadtumMig“ war die Landeshauptstadt Schwerin als Verbundpartnerin involviert und Reinhard Huß der zentrale Ansprechpartner in der Stadtverwaltung.

Erhalt und die Inwertsetzung dieser Siedlungen einsetzte. Aber die Erwartungen, die von ihm formuliert wurden, die waren doch weit weg von der Realität. Die Entwicklung war viel negativer als vorhergesagt.

**Welche Faktoren haben damals zu dieser negativen Entwicklung in den Quartieren beigetragen?**

Das Wesentliche war, dass dieser Wohnungsbau sehr stark mit dem System der DDR verbunden ist und war. Er folgte dem Anspruch „Alle bekommen gleiche Wohnverhältnisse, der Professor wohnt neben dem Arbeiter. Keiner soll bessergestellt sein“. Dadurch sollte das Wohnungsproblem der DDR gelöst werden. Eine Wohnung bekam man da auch, wenn man in der Partei war. Da gab es viele Verbindungen zum politischen System der DDR. Das machte es nach der Wende sicherlich für viele unattraktiv, dort zu wohnen. Natürlich war da auch der Drang, individueller zu wohnen und diesem gleichen Wohnungsbau zu entfliehen – ins Eigenheim, in die Innenstadt, in die sanierten Bestände. Dann wurde das Wohnumfeld durch die Massen von Autos, die da reinfluteten, zunehmend unattraktiver. Infrastruktur wurde ganz schnell dichtgemacht, Gaststätten und ähnliches. Das war schon eine Fluchtbewegung, getrieben durch die unterschiedlichsten Faktoren.



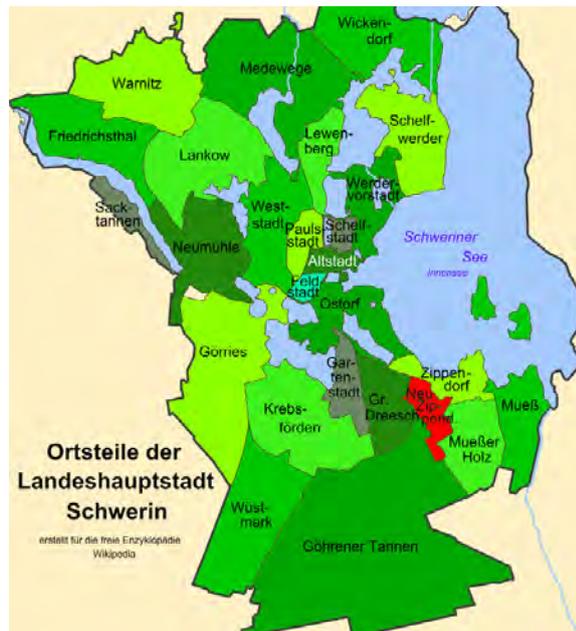
Blick auf den Stadtteil Mueßer Holz



Wohnhaus Keplerstraße 6-8, Schwerin, Mueßer-Holz

## Die Schweriner Stadtteile Mueßer Holz und Neu Zippendorf

Die Schweriner Stadtteile werden gemeinsam in einer von drei Fallstudien im Rahmen des „StadumMig“-Projekts untersucht. Sie liegen etwa fünf Kilometer vom Stadtzentrum entfernt am südöstlichen Stadtrand der Landeshauptstadt Schwerin. Sie wurden zwischen 1976 und 1989 als zweiter und dritter Bauabschnitt des ehemals größten Wohngebiets in Schwerin, Großer Dreesch, in industrieller Plattenbauweise errichtet. So dominieren fünfgeschossige Wohngebäude (WBS 70 und P2) sowie einzelne elfgeschossige Hochhausgruppen. Nach 1990 führten Abwanderungen sowie Geburtenrückgänge zu einem massiven Einwohnerverlust. Ende der 2010er-Jahre lebten in Mueßer Holz etwa 10.000 und in Neu Zippendorf über 5.000 Menschen. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Bewohnerschaft sind die Stadtteile geprägt durch einen hohen Anteil von Haushalten mit Transferbezug und eine hohe Arbeitslosenquote. Hohe Leerstände und günstige Mieten führten in den letzten Jahren dazu, dass Neu Zippendorf und insbesondere das Mueßer Holz Zielgebiete von Zuwanderung geworden sind.



**Hätte man damals stadt-politisch anders handeln können oder müssen, um die Attraktivität der Groß-wohnsiedlung zu erhalten? Wie sehen Sie das in der Rückschau?**

Ich glaube nicht, dass man da viele andere Möglichkeiten gehabt hätte. Der größte Fehler, der gemacht wurde, ist aus meiner Sicht die Privatisierung, vor allen Dingen im Mueßer Holz, über die eigentlich gar nicht geredet wurde. Es gab den Zwang, 15 % des Wohnungsbestandes aufgrund der Altschuldenregelung zu privatisieren. Wir haben mit den Wohnungsunternehmen über vieles geredet im Rahmen des Stadtumbaus, nur nicht darüber, wo man hätte privatisieren sollen. Das hat die Handlungsfähigkeit der Kommune und auch der Wohnungsunternehmen stark eingeschränkt, genau in diesem Quartier, im Mueßer Holz, wo es am Dringlichsten nötig gewesen wäre. Das hatte für den Stadtteil die Konsequenz, dass der Rückbau sehr diffus erfolgte.

**Welche Veränderungen hat aus Ihrer Sicht die Zuwanderung von Migrant\*innen gebracht?**

Na ja, die erste Zuwanderung war die Zuwanderung von Russlanddeutschen in den 90er-Jahren. Damals wurden sie immer als problematisch angesehen. Ich denke aber, dass diese Gruppe eher stabilisierend gewirkt hat, weil sie oft eine gute Bildung hatten, auch Ansprüche, was ihre Wohnsituation und die Entwicklung der Kinder und so weiter anbelangt. Da kam auch kulturelles Leben in die Stadtteile rein. Sie schufen schnell relativ viele Vereine, wo sie sich kulturell engagierten. Das Mueßer Holz hatte schon 2011 den Tiefpunkt der Bevölkerungsentwicklung erreicht, seitdem nahm die Bevölkerung zu. Durch den Flüchtlingszustrom ab 2015 wurde das Bevölkerungswachstum noch mal erheblich verstärkt. Stadtplanerisch hatte das nicht so große Veränderungen zur Folge. Auffällig war, dass die Menschen selbständig tätig sein wollten und versucht haben, kleine Geschäfte oder Imbisse zu eröffnen. Dann wurde das Wohnumfeld inten-

siver genutzt. Es fand und findet ein bisschen mehr Leben draußen statt, die Parks und Freiflächen werden mehr genutzt. Aber darüber hinaus hat das keine großen Auswirkungen auf den Stadtteil gehabt, nein. Vielleicht gab es ein paar mehr Konflikte, jetzt auch mit den Deutschen.

**Was waren die größten Herausforderungen für die Planung durch die Zuwanderung? Und was waren die positiven Aspekte?**

Die Großwohnsiedlungen sind dadurch in den Blick geraten, dass sie der Ort waren, wo diese Menschen eben untergebracht werden konnten. Als sie 2015 kamen, stand dort viel Wohnraum leer. Die größte Auswirkung war, dass Wohnraum, der abgerissen werden sollte, nicht abgerissen wurde, weil er für die Unterbringung benötigt wurde. Das war für die Eigentümer vielleicht eine Chance, auch nochmal Geld mit diesen Wohnungen zu verdienen. Für die Stadtplanung bedeutete es, dass

Pläne zum Umbau, zur Aufwertung des Stadtteils verschoben werden mussten. Das war damals stadtplanerisch sicherlich die gravierendste Auswirkung, dass da eine Verschiebung um fünf bis sieben Jahre erfolgte. Ansonsten bedeutete es für die Stadtteile auch eine Diversifizierung der Bevölkerungsstruktur. Die Herausforderungen waren die damit einhergehenden Aufgaben der Integration, des Spracherwerbs, auch der Integration in den Beruf. Und da jetzt diese Menschen in diesen Großsiedlungen wohnten, konzentrierte sich das dann auch dort. Das ist ja auch eine These im „StadtumMig“-Projekt, dass Großwohnsiedlungen Ankunftsquartiere werden – und das merkt man natürlich.

### Schlägt sich das in den Maßnahmen und Strategien der Stadtverwaltung nieder?

Ich glaube das ist sehr ambivalent. Als ich hier anfang war das Ziel, diese Stadtteile aufzuwerten und als Wohngebiete in der Stadt zu etablieren. Das war dann – ich würde sagen so kurz nach der Jahrtausendwende – gar nicht mehr der Fall. Da gab es auch von Seiten der Politik oft die Vermutung: Wir brauchen die gar nicht mehr. Also fürs Mueßer Holz wurden Einwohnerzahlen von um die 6.000 gehandelt, und es gab eigentlich kaum eine Bereitschaft, in diese Stadtteile, also vor allen Dingen ins Mueßer Holz noch zu investieren. Das hat sich dann irgendwann doch wieder geändert, so dass die Stadtteile jetzt positiv gesehen werden. Es wurde erkannt, dass der Wohnraum langfristig benötigt wird. Durch die Segregations-Studie von Helbig und Jähnen (siehe S. 6) ist wieder die Integration in die Stadt und die Desegregation Ziel der Stadtpolitik geworden. Diese Segregations-Studie hat eine Menge – bezogen auf die Wahrnehmung dieser Stadtteile – geändert. Aber gerade fürs Mueßer Holz ist völlig unklar, wie man da reagieren soll. Auf der einen Seite wird gesagt, die Segregation muss verringert werden, auf der anderen Seite ist man auch ein bisschen hilflos aufgrund der Dimension des Problems.

### Was denken Sie, wie sich die Großwohnsiedlungen künftig entwickeln werden? Welche politischen Weichenstellungen sind hier notwendig?

Ich habe so meine Probleme mit dem Begriff „die Großsiedlung“. „Die Großsiedlung“ gibt es hier in Schwerin nicht und die wird es nirgendwo geben, sondern es gibt verschiedene Großsiedlungen.

### Was wäre jetzt nötig, um das Mueßer Holz aufzufangen und den größten Ängsten vor einem sozialen Abstieg entgegenzuwirken?



Blick über den Berliner Platz im Stadtteil Neu Zippendorf in Schwerin

Die Investitionen in Bildungsinfrastruktur sind wichtig. Die erfolgen ja im Moment auch schon ganz gut. Dass da mit dem Jobcenter und der Arbeitsagentur eine für die Stadt wichtige Einrichtung reingeht und damit ja auch ein bisschen mehr den Blick auf den Stadtteil richtet ist sicherlich auch wichtig. Es müssen aber auch Anziehungspunkte für die Gesamtstadt geschaffen werden.

Die Eröffnung des Fernsehturms, auch eine Aufwertung des Feuerwehrmuseums wären vielleicht eine gute Möglichkeit, denn der Stadtteil muss stärker in die Gesamtstadt integriert werden. Wichtig ist auch, dass das Wohnumfeld aufgewertet wird, um die Auswirkungen des Rückbaus zu beseitigen. Das ist allerdings aufgrund der Finanzkraft der Stadt eine

sehr schwierige Aufgabe. Man sieht an vielen Stellen die Lücken, die der Rückbau gerissen hat. Der Stadtteil macht an der einen oder anderen Ecke einen sehr unfertigen Eindruck. Auch neuer Wohnungsbau ist wichtig, als Zeichen dafür, dass man in diesem Stadtteil auch neue Wohnungen schaffen kann. Denn bisher wurde dieser Stadtteil doch immer unter dem Aspekt Rückbau gesehen. Ich glaube nicht, dass so ein Wohnungsneubau zur Desegregation viel beitragen wird, weil die Zahlen, die möglich sind, doch relativ gering sein werden. Aber ich denke, auf jeden Fall ist Wohnungsneubau für das Image gut, um zu zeigen: In dem Stadtteil ist auch neues Wohnen möglich und nicht nur Abriss.

Für die Gesamtstadt ist wichtig, dass die Differenzierung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, überhaupt wahrgenommen wird. Dass man nicht mehr über „die Großwohnsiedlung“ oder über „die Platte“ spricht, sondern dass man sich mal genauer ansieht: Wie haben sich Stadtteile, wie haben sich Quartiere entwickelt? Das, finde ich, ist eines der Hauptprobleme, dass diese Differenzierung immer noch nicht stattfindet, sondern dass man immer noch sehr stark pauschalisiert. Das führt meistens dazu, dass das schlechteste Image auf alle ausstrahlt und nicht umgekehrt, dass das beste Image die anderen mitzieht. ■

*Das Interview führte Madlen Pilz am 07.03.2022 online. Es wird hier in gekürzter und redaktionell bearbeiteter Form wiedergegeben.*

# Nachruf auf Prof. Dr. Thomas Topfstedt (1947-2021)

von Kai Drewes und Harald Engler  
im Namen des Teams der Wissenschaftlichen Sammlungen  
und der Planungsgeschichtsforschung am IRS

Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von Prof. Dr. Thomas Topfstedt. Der Kunsthistoriker und Nestor der DDR-Architekturgeschichtsforschung verstarb am 6. Dezember 2021 im Alter von 74 Jahren in Leipzig. Der planungsgeschichtlichen Forschung und Archivarbeit des IRS war er Jahrzehnte lang eng verbunden. Dem Fachbeirat der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS gehörte er seit dessen Einrichtung im Jahr 2000 durchgängig an. Im selben Jahr gab er zusammen mit dem damaligen Sammlungsleiter Dr. Holger Barth im Eigenverlag des IRS das bis heute viel zitierte biographische Nachschlagewerk zur DDR-Architektur heraus: „Vom Baukünstler zum Komplexprojektanten. Architekten in der DDR“ (erschien als Band 3 der IRS-Reihe REGIO doc). Seine Einleitung zu dem Band, für den er außerdem acht Biogramme verfasste, gehört bis heute zur Grundlagenliteratur zu diesem Thema. Den Auf- und Ausbau der IRS-Sammlungen hat Topfstedt fast 30 Jahre lang engagiert begleitet. Gleichzeitig beriet er die Planungs- und Architekturhistoriker\*innen am IRS fachkundig und intensiv zu zahlreichen Forschungsfragen und -projekten. Die hohe fachliche Anerkennung für Thomas Topfstedt beruhte vor allem auf seiner wissenschaftlichen Ausgewogenheit, denn seine Expertise zur DDR-Planungs- und Architekturgeschichte war neben einem vertieften Verständnis des Forschungsgebiets immer zugleich von kritisch-analytischer Distanz geprägt.



Nach seinem Studium der Kunstgeschichte an der Universität Leipzig wurde Thomas Topfstedt 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Städtebau und Architektur (ISA) in Berlin, dem Vorgängerinstitut des IRS an der damaligen Bauakademie der DDR, wo er bis 1975 arbeitete. Am ISA war er damit beauftragt, die Geschichte der Architektur der DDR zu erforschen, zu der er 1988 ein von Fachleuten in Ost wie West gleichermaßen hoch geschätztes Grundlagenwerk („Städtebau in der DDR 1955-1971“) vorlegte. 1975 ging Topfstedt als Assistent zurück an die Universität Leipzig. Seine Promotion (1980) und Habilitation (1984) bzw. Dissertation A und B waren Pionierarbeiten zur Entwicklung von Architektur und Städtebau in der DDR. 1988 wurde er Professor für Kunstgeschichte in Leipzig. Als einer von nur ganz wenigen geisteswissenschaftlichen Professoren aus der DDR konnte er nach 1989/90 Lehrstuhlinhaber bleiben und Forschung und Lehre in der Nachwendezeit mitgestalten. Das Fach Kunstgeschichte in Leipzig hat Thomas Topfstedt auf diese Weise entscheidend mitgeprägt, und Schülerinnen und Schüler in großer Zahl haben ihn regelrecht verehrt. Die Emeritierung 2012 bedeutete selbstverständlich nicht das Ende seiner weit gespannten Aktivitäten.

Thomas Topfstedts große Verdienste um Architekturgeschichtsschreibung und Denkmalpflege, nach der Wende auch mit vielen Beiträgen zu Leipzig, Sachsen und Mitteldeutschland und keineswegs auf die DDR-Zeit beschränkt, seine zahlreichen Mitgliedschaften in Gremien, Kommissionen und Akademien und seine Teilnahme an wichtigen Initiativen zum Erhalt wertvoller Bausubstanz sind an anderer Stelle zu Recht gewürdigt worden. Doch nicht nur in fachlicher, auch in menschlicher Hinsicht tut sich durch seinen Tod eine große Lücke auf. Wer Thomas Topfstedt kannte, wird seine Zugewandtheit und aufgeschlossene Hilfsbereitschaft, seine Bescheidenheit und seinen Humor nicht vergessen. Wir vermissen ihn als Kollegen und Menschen schon jetzt sehr und empfinden tiefes Mitgefühl mit seiner Familie.

## Das IRS stellt sich neu auf



zum  
Forschungsprogramm

Mit dem Jahreswechsel 2021/2022 wurden Veränderungen in der Organisation und Ausrichtung der IRS-Forschung wirksam. Sie sind das Ergebnis eines Strategieprozesses „IRS 2025“, den das Institut in den vorangegangenen zwei Jahren durchgeführt hatte. Als wichtigste Änderung organisiert das IRS seit dem 1. Januar 2022 seine sozialwissenschaftliche Forschung aus einer räumlichen Perspektive nicht mehr in fünf Forschungsabteilungen, sondern in drei konsolidierten Forschungsschwerpunkten:

### Ökonomie und Zivilgesellschaft

Der Forschungsschwerpunkt untersucht, wie Räume durch interaktives, innovatives, kreatives, wissensbasiertes und unternehmerisches Handeln geschaffen und verändert werden. Er fokussiert dabei das komplexe Zusammenwirken von zivilgesellschaftlichen, öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren.

### Politik und Planung

Der Forschungsschwerpunkt analysiert die politische Aushandlung, planerische Gestaltung und Transformation der sozialen und räumlichen Entwicklung von Städten und Regionen. Er untersucht dabei vor allem die Governance von zunehmend unsicheren, komplexen und mehrdeutigen Problemsituationen.

### Zeitgeschichte und Archiv

Der Forschungsschwerpunkt befasst sich mit der Gestaltung, Planung und Aneignung von Räumen in der neueren Geschichte. Aktuell stehen dabei die Geschichte der Urbanisierung, die Architektur- und Städtebaugeschichte der DDR, die Bedeutung von Materialität im historischen Wandel der gebauten Umwelt sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Raumentwicklung im Mittelpunkt des Interesses.

Am 1. Januar 2022 startete flankierend dazu das neue IRS-Forschungsprogramm mit dem Titel „**Disruption. Kritische Momente sozial-räumlichen Wandels**“. In der jüngeren Vergangenheit haben überraschend auftretende Krisen – wie die COVID-19-Pandemie – gezeigt, dass Zukunftserwartungen nicht allein auf langfristig wirkende Mega-Trends aufgebaut werden dürfen. Vielmehr muss mit dem Auftreten weiterer, nicht vorhersehbarer Ereignisse gerechnet werden. Wie derartige Disruptionen sozialwissenschaftlich erfasst werden können, wie sie entstehen, welchen Einfluss sie auf Praktiken des sozial-räumlichen Wandels haben und wie Gesellschaften sich besser darauf vorbereiten können, das wird im IRS in den kommenden vier Jahren auf Basis dieses neuen Forschungsprogramms erforscht ■

Kontakt:  
Prof. Dr. Oliver Ibert  
Tel. 03362 793 118  
oliver.ibert@leibniz-irs.de

## IRS und Europa-Universität Viadrina intensivieren Zusammenarbeit – Gemeinsame Professur für Historische Stadt- und Raumforschung



Die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und das IRS arbeiten nun in Forschung und Lehre noch enger als bisher zusammen. Der Direktor des IRS, Prof. Dr. Oliver Ibert und die Viadrina-Präsidentin Prof. Dr. Julia von Blumenthal unterzeichneten dafür Ende 2021 eine Kooperationsvereinbarung. Die Vereinbarung bündelt die schon länger bestehende Zusammenarbeit in einen vertraglichen Rahmen ein und eröffnet neue Felder. Das wichtigste Projekt in der neuen Phase der Zusammenarbeit ist eine gemeinsame Professur für Historische Stadt- und Raumforschung, verbunden mit der Leitung des Forschungsschwerpunkts „Zeitgeschichte und Archiv“ am IRS. Die Professur wurde im Januar 2022 ausgeschrieben und soll zum Sommersemester 2023 besetzt werden.

Dazu sagte Oliver Ibert: „Wir freuen uns sehr darüber, mit dem Vertrag den bestehenden Kooperationen mit der Viadrina nunmehr auch einen formalen Rahmen geben zu können. Es bieten sich zusätzliche strategische Optionen, insbesondere die gemeinsame Berufung von Professorinnen und Professoren. Das

Kontakt:  
Prof. Dr. Oliver Ibert  
Tel. 03362 793 118  
oliver.ibert@leibniz-irs.de

IRS komplettiert mit diesem Vertrag sein Netzwerk an Partnerschaften in der Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg. In der Internationalisierungsstrategie des IRS bildet das Nachbarland Polen einen wichtigen Fokusraum. Hierfür betrachten wir die Viadrina mit ihren hervorragenden Beziehungen nach Ost-Europa als starken und wichtigen Partner“.

Seitens der Viadrina wird der Kooperation mit dem IRS ebenfalls eine hohe Bedeutung beigemessen: „Die seit langem bestehende Zusammenarbeit zwischen IRS und Viadrina wird auf diese Weise intensiviert und auf eine neue Stufe gehoben“, erklärt Julia von Blumenthal. „Die gemeinsame Berufung einer Professur für Historische Stadt- und Raumforschung, die zugleich die wissenschaftliche Verantwortung für die Sammlungen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR am IRS tragen wird, ermöglicht es uns, die Schwerpunktsetzung im Bereich der Transformationsforschung noch stärker als bisher zu profilieren. Dadurch hat die Kooperation zugleich große Bedeutung für die geplante Bewerbung von Frankfurt (Oder) als Standort für das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit.“

An der neu geschaffenen Professur wird künftig die Entwicklung von Städten und Regionen aus einer historischen Perspektive untersucht. Ein Schwerpunkt liegt auf sozialistischen Gesellschaften und deren Transformation. Weitere Punkte der intensivierten Zusammenarbeit sind unter anderem die Nachwuchsförderung im Rahmen eines Programms für Doktorandinnen und Doktoranden, die Beantragung gemeinsamer Forschungsprojekte, Lehraufträge und gemeinsame Veranstaltungen ■

## „Es gab hier ein vorausschauendes Agenda-Setting“ Alumni-Interview mit Heike Liebmann



*Prof. Dr. Heike Liebmann ist Teil der Geschäftsführung der Brandenburgischen Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH, eine 1990 gegründete und auf die unabhängige Beratung öffentlicher Auftraggeber spezialisierte Gesellschaft mit Sitz in Potsdam. Am IRS war Heike Liebmann ab der Gründung im Jahr 1992 beschäftigt. Die IRS-Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ leitete sie von 2007 bis 2012. Sie ist Honorarprofessorin am Institut für Stadtplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.*

### **Welche Themen treiben Sie inzwischen um, nachdem Sie vor ziemlich genau zehn Jahren das IRS verlassen?**

Es geht in meiner Beratungsarbeit um ein Grundthema, das mich schon am IRS beschäftigt hat, um eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung. Mein heutiges Wirkungsfeld ist die in Potsdam ansässige B.B.S.M., die Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung. Hier leite ich in der Tat seit ziemlich genau zehn Jahren den Bereich Stadtentwicklung. Meine Tätigkeit umfasst ein recht breites Spektrum, es reicht von Gutachten und Expertisen über die Begleitung von Netzwerken wie dem Städteforum Brandenburg bis hin zur unmittelbaren kommunalen Beratung. Aktuell begleiten wir zum Beispiel den brandenburgweiten Wettbewerb für lebendige Innenstädte. Wir arbeiten in der B.B.S.M. auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen. Das reicht von der Bundes- und Landesebene bis hin zur Quartiers-ebene und zu Einzelobjekten.

### **Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe von IRS aktuell sind Großwohnsiedlungen. Beschäftigen Sie sich auch damit?**

Großwohnsiedlungen beschäftigen mich schon seit meiner Diplomarbeit im Jahr 1989. Man kommt im Diskurs über nachhaltige Szenarien der Raum- bzw. Stadtentwicklung im Land Brandenburg und auch auf überregionaler Ebene am Thema Großwohnsiedlungen nicht vorbei. Nach wie vor bin ich dazu aktiv in Forschungskontexte des IRS eingebunden, aktuell mit Matthias Bernt im Projekt StadtumMig (siehe Titelteil, Anm. d. Red.).

### **Gibt es gerade so etwas wie eine Renaissance im politischen Diskurs über Großwohnsiedlungen?**

Das mag so sein. Gleichwohl gibt es die typische Großwohnsiedlung nicht. Gut sanierte Plattenbaubestände in Innenstadtnähe oder in schöner naturräumlicher Lage sind in der Regel stark nachgefragt. Anderswo finde ich Leerstand oder

erkennbare bauliche und soziale Problemlagen. Es ist also nicht nur die Wohnform an sich, die gut oder schlecht ist. Vielmehr sind die Lage, die Anbindung an die Gesamtstadt und die infrastrukturelle Ausstattung wichtige Faktoren. Nicht zu unterschätzen sind aber auch die Belegungspolitik der Wohnungseigentümer, die grundsätzliche Angebots- und Nachfragesituation auf dem Wohnungsmarkt und auch das Image spielt eine Rolle. Ich würde die gegenwärtige Aufmerksamkeit, die große Wohnsiedlungen bekommen, aber nicht als Renaissance bezeichnen. Die Frage ist doch, welche Funktionen erfüllen Großwohnsiedlungen heute? Was nahezu alle Siedlungen eint: Es sind zu meist – im Verhältnis zur Zahl der Wohnräume – relativ kleine Wohnungen für die eher weniger zahlungskräftige Mieterklientel. Und ja, damit erfüllen diese Siedlungen nach wie vor eine ganz wichtige Funktion auf dem Wohnungsmarkt. Quasi über Nacht sind viele ostdeutsche Großwohnsiedlungen dann 2015 in einen neuen Blick geraten. Angesichts großer Zahlen geflüchteter Menschen hatte man hier schnell und preisgünstig Wohnungen und Infrastrukturen verfügbar. Aber die Menschen, die ab 2015 kamen, haben sich diese sozialen Räume nicht ausgesucht und damit stellt sich die Frage nach der Bleibeperspektive.

### **Zurück zu Ihrer Karriere: Welche Ideen haben Sie aus dem IRS mitgenommen?**

Entscheidender als einzelne Ideen ist für mich, wie sich analytisches und methodisches Wissen aus meiner 20-jährigen wissenschaftlichen Tätigkeit am IRS in Praxiskontexten weiterentwickeln ließ. Pfadabhängigkeiten, Governance, Handlungslogiken von Akteuren oder Peripherisierung und Schrumpfung – das waren Themen zu denen ich am IRS geforscht habe. Heute sind es die Gegenstände mit denen ich mich in meiner unmittelbaren kommunalen Beratung auseinandersetze. Wenn wir in den 2000er-Jahren am IRS versucht haben, Pfadabhängigkeiten gut



- [www.bbsm-brandenburg.de/profil/unternehmen](http://www.bbsm-brandenburg.de/profil/unternehmen)

zu beschreiben und zu begründen, habe ich bereits in den ersten Tagen im neuen Job bei der B.B.S.M. gemerkt: Ich bin umgeben von Pfadabhängigkeiten und diese spielen eine zentrale Rolle im Handeln der Akteure. Dieses Verständnis von daraus folgenden Handlungslogiken ist für mich ein echter Schatz und erleichtert meine Beratungstätigkeit ungemein.

#### Welche Prägungen gab es im Nachhinein für Sie durch das IRS?

Zum einen waren es Prägungen in den 1990er-Jahren. Da haben wir am IRS unter der Leitung von Werner Rietdorf zu Großwohnsiedlungen geforscht. Ich erinnere mich sehr gut an unsere Pionierarbeiten im Bundes-Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ zum Thema „Weiterentwicklung großer Neubaugebiete“ – gemeint waren Großwohnsiedlungen – und an die recht kontroversen Diskussionen dazu im IRS. So gab es 1997 eine erste größere Veranstaltung am IRS zum Umgang mit Leerständen. Wir haben damals versucht, das Thema in die Fachdiskussion einzubringen, weil wir erkannt hatten, dass Problemlagen im Kontext von Schrumpfung ihre ganz eigenen Instrumente brauchen. Es gab da also diese Fachtagung, bei der sehr unterschiedliche Meinungen heftig aufeinander prallten. Aber wir haben eine Diskussion angeschoben. Dann etwa um die Jahrtausendwende die Neuaufstellung einer eigenen Forschungsabteilung unter dem Titel „Regenerierung schrumpfender Städte“. Das war ein Statement zu einem Zeitpunkt als das Thema Schrumpfung in

Interview und Kontakt:  
Gerhard Mahnken  
Tel. 03362 793 113  
[gerhard.mahnken@leibniz-irs.de](mailto:gerhard.mahnken@leibniz-irs.de)

der internationalen wissenschaftlichen Community noch nicht sehr präsent war. Unter dem damaligen Institutsdirektor Dieter Keim gab es hier ein vorausschauendes Agenda-Setting, das meine gesamte weitere berufliche Laufbahn stark geprägt hat. Das führte zum Beispiel dazu, dass ich 2004 die Bundestransferstelle Stadtumbau Ost am IRS aufbauen durfte, als fachliches Kompetenzzentrum für das gleichnamige Städtebauförderprogramm. Eine Aufgabe, die ich im Auftrag des BBSR bis heute ausübe, inzwischen für das neu aufgestellte Förderprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“. Darüber und über viele weitere Stationen im IRS habe ich mein Handwerkszeug für den Wissenstransfer und die Politikberatung entwickelt. Ich bin dankbar, die Geburtsstunden des IRS miterlebt und mitgestaltet zu haben. Meine fachliche Reputation in der Beratung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene verdanke ich zu großen Teilen meiner langen Tätigkeit am IRS.

#### Was wünschen Sie sich vom IRS?

In den vergangenen Jahren habe ich immer wieder gerne mit dem IRS zusammengearbeitet. Die gegenseitige Wertschätzung ist eindeutig da. Was ich mir vom IRS wünsche ist, diese typische Balance beizubehalten, das heißt auch die Anwendungsbezüge in der Forschung immer weiter ausdifferenzieren und sich dabei an ganz konkreten gesellschaftlichen Bedarfen zu orientieren. Die Diskussion darüber, was anwendungsorientierte Forschung ist und was sie leisten kann und muss, ist immer wieder neu auszuhandeln. Ich wünsche mir, dass sich das IRS hier weiter in der Verantwortung sieht. Aus meiner Sicht muss das IRS konkrete gesellschaftliche Problemlagen aufgreifen und sich in gesellschaftliche Debatten einbringen. Die Zeit braucht das, finde ich. Was für ein Glück das ist, die Freiheit zu haben, darüber zu forschen, was man für wichtig und relevant hält, das ist mir richtig bewusst geworden, als ich in den letzten Jahren von außen auf das IRS geschaut habe.

Vielen Dank, Heike Liebmann!

# Projekt „CitizenArchives“ entwickelt Plattform zur Unterstützung kleinerer Spezialarchive bei der Digitalisierung ihrer Bestände



zum Projekt

Im Dezember 2021 startete in den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS, in Kooperation mit dem Unternehmen Programmfabrik GmbH, das bürgerwissenschaftliche Projekt „CitizenArchives“. In dem auf zwei Jahre angelegten Projekt werden Prozesse und ein Produkt zur einfachen Digitalisierung, Erschließung und Veröffentlichung von Beständen kleinerer, spezialisierter Archive entwickelt. Solchen Archiven fehlen oftmals die personellen und finanziellen Möglichkeiten für eine flächendeckende Digitalisierung. Die Wissenschaftlichen Sammlungen nutzen für die Entwicklung ihre eigenen Bestände, greifen aber auch auf die Hilfe verschiedener Pilotnutzer\*innen zurück. Im Frühjahr 2022 beginnt mit der Ansprache interessierter Bürger\*innen die konkrete Citizen Science-Arbeit des Projekts.

Unter der Leitung von Rita Gudermann soll eine Wissens- und Kommunikationsplattform entwickelt werden, mit deren Hilfe sich interessierte und fachkundige Bürger\*innen, Zeitzeug\*innen und Forschende von außen an der Erschließung von Sammlungsbeständen beteiligen können. Auf diese Weise sollen Ressourcen wie Engagement, Wissen und Zeit nutzbar und bisher unzugängliches Archivmaterial schon in der frühen Phase der Erschließung öffentlich zugänglich gemacht werden. Im Ergebnis soll schließlich ein unbürokratisch verfügbares Open-Source-Produkt in Form einer zentralen Wissens- und Kommu-

nikationsplattform mit verschiedenen Plugins stehen, die – themenunabhängig – von vielen Institutionen genutzt werden kann.

Das technische Know-how und langjährige Wissenschafts- und Kulturprojekterfahrung bringt der Projektpartner Programmfabrik mit, zu deren Kunden namhafte Archive sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen im gesamten deutschsprachigen Raum gehören. Auch die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS nutzen mittlerweile die von Programmfabrik angebotene Bilddatenbank-Software easydb für ihre digitalisierten Bestände. Damit sind gute technische Voraussetzungen für das Projekt geschaffen. Zudem bieten die Sammlungen hervorragend geeignete Bestände und ein Netzwerk potenzieller Pilotnutzer\*innen anhand derer die Mechanismen und Abläufe im Verlauf des Projektes getestet und optimiert werden sollen. In einer späteren Phase des Projektes sollen die gewonnenen Inhalte mit Hilfe von künstlicher Intelligenz angereichert, validiert und bewertet werden.

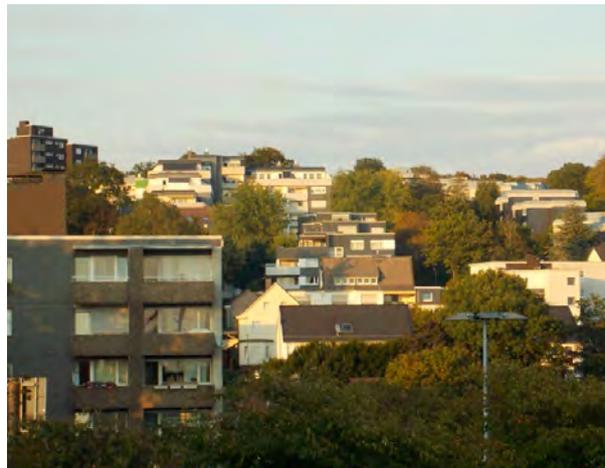
Nachdem in der ersten Phase des Projektes der Rahmen und die Modi festgelegt wurden, folgten eine eingehende Anforderungsanalyse sowie die Spezifizierung der geplanten Pionierlösung. Zudem werden zurzeit eine Analyse der Nutzer\*innen durchgeführt und mögliche Zielgruppen definiert. Gleichzeitig begann in den Sammlungen die Aufbereitung von Testbeständen auf der Basis überarbeiteter Regelwerke zur Digitalisierung, Erschließung und Verschlagwortung. In der nächsten Etappe sollen nun Test-Bürger\*innen gewonnen und das Projekt im Rahmen von Veranstaltungen wie der Langen Nacht der Wissenschaften oder des IRS-Werkstattgesprächs vorgestellt werden. Im Umfeld dieser Veranstaltungen ist geplant, im Dialog mit den Teilnehmenden das Vorhaben niedrigschwellig und anhand einer einfachen Eingabemaske zu testen und auf diesem Weg erste Erfahrungen und Schlüsse zu sammeln um diese in die folgenden Entwicklungsphasen einfließen zu lassen. ■

Kontakt:  
Dr. Rita Gudermann  
Tel. 03362 793 282  
rita.gudermann@leibniz-irs.de

# Städtische Klimapolitik: IRS-Projekt „ExTrass-V“ fokussiert auf Praxis-Transfer



Potsdam



Remscheid



zum Projekt

Seit 2018 erforscht das Verbundprojekt „ExTrass“ der IRS-Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“ in Kooperation mit der Universität Potsdam und weiteren Partnern, wie deutsche Städte in der Klimapolitik aktiv sind – sowohl in der Klimaanpassung als auch in der Reduktion von Treibhausgasemissionen.

Anfang 2022 startete unter dem Namen „Verbundprojekt Zukunftsstadt: Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen – Typologien und Transfer von Anpassungsstrategien in kleinen Großstädten und Mittelstädten verstetigen“, kurz „ExTrass-V“, eine zweijährige Transferphase des vorangegangenen ExTrass-Verbunds. Unter der Leitung des IRS-Wissenschaftlers Wolfgang Haupt sollen in dieser Transfer-Phase die Datenbasis vor allem zu klimapolitischen Aktivitäten kleinerer Städte noch einmal verbessert und Erkenntnisse verstärkt in die lokale Praxis in den Stadtkommunen eingebracht werden. Das neue IRS-Projekt wird unter anderem Transferorganisationen, -kanäle und -mechanismen zu Klimaschutz und Klimaanpassung in Deutschland erfassen und ein bereits erarbeitetes Ranking zu einem deutschlandweiten Monitoring von Klimaschutz und Klimaanpassung erweitern.

Kontakt:  
Dr. Wolfgang Haupt  
Tel. 03362 793 187  
wolfgang.haupt@leibniz-irs.de



Würzburg

Das Team von „ExTrass-V“ will außerdem ein webbasiertes Resilienztool entwickeln, erproben und evaluieren, mit dem Stadtverwaltungen in eigener Regie, kostenlos und fortlaufend für ihre Stadt oder für einzelne Stadtteile einen Prozess zur Stärkung der Klimaresilienz durchlaufen können. „ExTrass-V“ wird wie das Vorgängerprojekt „ExTrass“ im Rahmen der Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert.

## Verbundprojekt „Energiewende im sozialen Raum“ abgeschlossen



Eichenauer, Eva; Irmisch, Janne; Ulrich, Peter (2022): *Regional vernetzt und gesellschaftlich getragen in eine klimaneutrale Zukunft. Teil 1: Szenarien für eine Energiewende in ländlichen und städtischen Räumen. Forschungsbericht.* IRS Dialog 5 | 2022

Ende März 2022 wurde das Verbundprojekt „Energiewende im Sozialen Raum (ESRa)“ abgeschlossen. Es untersuchte, welche Faktoren Regionen, die der Energiewende vorwiegend positiv gegenüberstehen, von solchen unterscheiden, in denen eine ablehnende Haltung vorherrscht. Es betrachtete außerdem, wie sich diese Faktoren im Hinblick auf eine gelingende Energiewende beeinflussen lassen. Die Forschenden griffen dabei eine aktuelle Frage von hoher Brisanz auf: Das Auseinanderdriften von Räumen – zum einen solchen, die aus der Globalisierung Vorteile zu gewinnen vermögen und solchen, denen entsprechende Ressourcen und Fähigkeiten fehlen. Erste Ergebnisse wurden in zwei Forschungsberichten veröffentlicht, die in der IRS-eigenen Reihe IRS Dialog erschienen.

Als Verbundprojekt, koordiniert vom Global Climate Forum und in Zusammenarbeit mit German Watch e.V., IKEM und Fraunhofer IEE, untersuchte „ESRa“ die besagten Herausforderungen und Chancen der Energiewende in unterschiedlichen Räumen. Untersuchungsräume waren hier zum einen Berlin als wachsender urbaner Raum und der brandenburgische Landkreis Spree-Neiße, als eine vom Strukturwandel dominierte, stark ländlich geprägte Region.

Ein Schwerpunkt lag auf der Analyse von Einstellungen und Akzeptanzfragen

in den beiden Regionen. Als maßgebend für die Entwicklung von Einstellungen gegenüber Energiewendemaßnahmen wurden dabei vier Faktoren identifiziert: die allgemeine Haltung zur Energiewende und zum Klimawandel, positive oder negative externe Effekte, Wertschöpfung und Partizipation. Dabei zeigten sich starke regionale Unterschiede, sowohl was die allgemeine Zustimmung anbelangte, als auch im Hinblick darauf, welche Schwerpunkte in der öffentlichen Debatte gesetzt wurden.

Entsprechend lag ein weiterer Schwerpunkt auf der Untersuchung räumlicher Disparitäten und der sich daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten. So wurde herausgestellt, dass die Energiewende in ländlichen und städtischen Räumen durchaus unterschiedliche Maßnahmen und Schwerpunkte erfordert, die sich aus den gesellschaftlichen, strukturellen wie auch räumlichen Differenzen ergeben. Ein ganz wesentlicher Befund: Die Verkehrswende ist in urbanen Räumen, in denen mehr Menschen kürzere Strecken zurücklegen, gänzlich anders zu denken, als auf dem Land, wo lange Distanzen und Wegzeiten bei geringer Populationsdichte andere Maßnahmen der Dekarbonisierung erfordern.

Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich in der notwendigen Transformation des Wärme- und Stromsektors. Politisch wird diese räumliche Komponente der Energiewende bislang kaum adressiert. Dabei sehen die Forschenden hier nicht nur eine politische Notwendigkeit, regional adäquat zu handeln, sondern sie sehen auch einen wichtigen Schritt hin zu einer Energiewende, die gesellschaftlich getragen ist und von der alle Regionen profitieren können.

Die Ergebnisse wurden in zwei Forschungsberichten zusammengefasst, die in der IRS-eigenen Reihe IRS Dialog erschienen. ■



zum Projekt

## Sommerschule 2022 “The Socialist City: Planning, Transformation and Aftermath”



Besonderes Augenmerk gilt dabei der Stadtplanung und Architektur, dem Wohnungsbau sowie dem Erbe der sozialistischen Stadt („postsozialistische Stadt“). Renommierete Wissenschaftler\*innen aus Deutschland, Irland, Polen, Rumänien, Russland, der Schweiz und der Ukraine werden ihr Fachwissen und ihre unterschiedlichen Herangehensweisen an das Thema einbringen.

Neben der Analyse sozialistischer Städte in einem Seminarformat lädt diese Sommerschule zu geführten Spaziergängen ein, um verschiedene Dimensionen einer sozialistischen Stadt (Stadtplanung, Denkmalschutz und Diktatur) in den Lebensräumen des (ehemaligen) Ost-Berlins zu erkunden.

Ziel der Sommerschule ist es, junge Forschende zu unterstützen und ihnen zu helfen, ihre eigenen akademischen Netzwerke aufzubauen. Einige Studenten werden die Möglichkeit haben, ihre eigenen Projekte zu präsentieren und Feedback zu erhalten. ■

Vom 1. bis zum 5. August 2022 wird am IRS eine internationale Sommerschule zu sozialistischer Stadtentwicklung stattfinden. Diese Sommerschule wird das Konzept der sozialistischen Stadt in einem breiteren europäischen Kontext untersuchen. Die Teilnehmenden werden sich eingehend mit den akademischen Debatten über sozialistische Städte und deren Bedeutung und Platz in der europäischen Stadtgeschichte befassen. Fallstudien von Städten aus dem gesamten Ostblock – der Sowjetunion, der DDR, Polen und Jugoslawien – veranschaulichen Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen verschiedenen Staaten in Osteuropa. Anhand von Gegenbeispielen aus Frankreich wird näher beleuchtet, was das Spezifische der sozialistischen Städte war und was lediglich ein Teil des Nachkriegsurbanismus war.

Kontakt:  
Dr. Piotr Kisiel  
piotr.kisiel@leibniz-irs.de



zur Veranstaltung

## Drittes Innovation-Salon-Tandem zu digitalen Medien in der Jugendsozialarbeit

Innovation  
Hub 13  
fast track to transfer



InnoSalon  
GEMEINSAM POTENTIALE HEBEN

Mit den Innovation Salons hat das Team des Projekts „Open Region: Regionale Problemlagen als Ausgangspunkte von Innovationen“ (Teil des BMBF-geförderten Verbunds „Innovation Hub13 – fast track to transfer“) als Pilotreihe in Südbrandenburg ein Online-Format umgesetzt, das Innovationsprozesse zur Lösung praktischer regionaler Problemlagen unterstützen soll. Probleme werden darin von der regionalen Zivilgesellschaft artikuliert; der Wissenschaft kommt eine unterstützende Rolle zu. Jeder Innovation Salon ist ein Tandem von zwei Einzelveranstaltungen, in welchen ein Problem zunächst im Dialog (neu) definiert und dann bearbeitet wird.

Über ein Jahr nach dem ersten Innovation Salon Anfang 2021 (siehe IRS aktuell Nr. 96), der an Pläne für ein kommunales Gesundheitshaus in der Kleinstadt Baruth/Mark anknüpfte, zeigt sich heute, dass sich Teilnehmer\*innen des Salons auf nicht vorhersehbare Art vernetzt haben. Eine Teilnehmerin aus dem Transferservice einer der beteiligten Hochschulen ist beispielsweise als Meditationslehrerin in das Gesundheitshausprojekt eingestiegen. Nach dem Salon konnten zudem lose bestehende Vernetzungen intensiviert und für die Zusammenarbeit ausgebaut werden. Auch wurde mit einer Projekthomepage schon eine erste Idee aus dem Salon in die Praxis umgesetzt. Die Teilnehmenden berichten zudem, dass im Salon diskutierte Themen immer wieder aufgegriffen werden und dass die Veranstaltung auf sie sehr motivierend wirkte.

Kontakt:  
Julia Stadermann  
Tel. 03362 793 227  
julia.stadermann@leibniz-irs.de

Das nunmehr dritte Tandem wurde Anfang 2022 in Kooperation mit dem Jugendinformations- und Medienzentrum JIM in Fürstenwalde veranstaltet. Im Mittelpunkt stand das Anliegen, Medienpädagogik stärker in der Jugendsozialarbeit zu verankern. Die Teilnehmenden kamen hauptsächlich aus den Bereichen der Jugendsozialarbeit, Erziehungswissenschaften, sozialen Dienstleistungen und Digitalisierung. Anhand fiktiver Personas wurden Lösungsansätze in Form von drei „Storytellings“ entwickelt. Auch bei diesem Tandem konnte beobachtet werden, dass lose Beziehungen zu konkreten Kooperationen ausgebaut wurden. Weitere Auswirkungen dieses letzten Salon-Tandems werden voraussichtlich in den kommenden Monaten zu beobachten sein.

Die bereits sichtbaren Wirkungen und das positive Feedback bestätigen, dass Hochschulen sich mit dem Ansatz des Innovation Salons dialogisch mit der Zivilgesellschaft in regionale Lösungs- und Innovationsprozesse einbringen und in sozialen Prozessen engagieren können. Allerdings zeigt sich nach Abschluss der Pilotphase auch, dass nicht nur die inhaltliche Ausgestaltung der Salons selbst, sondern die systematische Suche nach Innovationsanlässen und Veränderungsprozessen in der Region sowie nach Formen einer nachhaltigen Begleitung wichtig sind, um ein solches Format dauerhaft etablieren und seine Wirkungen dokumentieren zu können. ■



zur Veranstaltung

## Neuer Forschungsbericht zur Mobilitäts- und Logistikwende im suburbanen Raum



Richter, Ralph; Witte, Paul (2022): *Ohne Auto geht nix“? Eine Untersuchung zur Mobilitäts- und Logistikwende im suburbanen Raum. Forschungsbericht. IRS Dialog 1 | 2022*

Seit Jahren steigt das private Paket-aufkommen in der Bundesrepublik. Mit Beginn der Corona-Pandemie und der Zunahme des Online-Shoppings hat sich dieser Trend weiter verschärft. Heute werden mehr als doppelt so viele Pakete an Privathaushalte geliefert wie vor 15 Jahren. Was für den Einzelnen ein Plus an Komfort bedeutet, ist aus ökologischer Sicht problematisch, denn die häufig eingesetzten Dieseltransporter produzieren klimaschädliches Kohlendioxid und Feinstaub. Hinzu kommen Verkehrsgefahren durch parkende Pakettransporter und Belastungen durch Geräuschemissionen. Der Lieferverkehr verstärkt das Verkehrsaufkommen, welches im Umland von Großstädten und Metropolen oft ohnehin schon sehr hoch ist.

Im suburbanen Raum gelten für die Lieferlogistik und den Verkehr aufgrund der geringeren Bewohnerdichte, der Be-

deutung des Arbeitspendelns und der Rolle als Transitraum besondere Bedingungen. Diese werden jedoch in der Forschung bislang nur wenig thematisiert. Während es viele Arbeiten zur Verkehrs- und Logistikwende in Metropolen und teils auch für das Land gibt, bleibt der suburbane Raum in der sozialwissenschaftlichen Mobilitäts- und Logistikforschung unterbelichtet.

Hier setzte das Forschungsprojekt „Stadtquartier 4.1“ an. Es fragte u. a. danach, wie nachhaltig das Logistik- und Verkehrsverhalten der Bewohner\*innen im suburbanen Raum heute ist. Wie intensiv nutzen die Bewohner\*innen Paketdienste, welche Rolle spielt das Auto im Vergleich zu Bus, Bahn und Aktivverkehr? Die Befunde wurden im Forschungsbericht „Ohne Auto geht nix“? Eine Untersuchung zur Mobilitäts- und Logistikwende im suburbanen Raum‘ veröffentlicht. ■

## Wie Hochschul-Zweigstandorte zu ökonomischer Transformation beitragen können



Rottlieb, Tim; Kleibert, Jana M.; Schulze, Marc (2022): *Developing Successful Transnational Education Hubs: Key Challenges for Policy Makers. Policy Paper. IRS Dialog 4 | 2022*

Besonders in Ländern, die danach streben, sich von einer Rohstoff- zu einer Wissensökonomie zu transformieren, ist die Ansiedlung von „Transnational Education Hubs“, also Clustern von Ablegern internationaler Universitäten, ein beliebtes standortpolitisches Gestaltungsmittel. Doch die Hoffnungen auf eine transformative Wirkung auf die lokale Ökonomie werden nicht immer erfüllt. Die IRS-Nachwuchsgruppe „TRANSEDU“ hat in ihrem neuen Policy Paper „Developing Successful Transnational Education Hubs: Key Challenges for Policy Makers“ die zentralen Herausforderungen benannt und Empfehlungen formuliert. Das Policy Paper richtet sich an die Akteure, die an der Ausgestaltung von Education Hub-Projekten beteiligt sind sowie an Beratungs- und Unterstützungsorganisationen in der internationalen Hochschulbildung.

Die Autor\*innen heben drei zentrale Punkte hervor:

Erstens können die Motivationen von Regierungen und Universitäten voneinander abweichen. Beispielsweise konzentrieren sie sich in ihren Zweigstandorten oftmals lieber auf leicht vermarktbar und hoch standardisierte Lehrangebote (z. B. MBA-Abschlüsse) als auf komplexe Forschungs- und Transferaktivitäten. Entsprechend müssen, zweitens, angemessene Rahmenbedingungen für die Regulierung und Ansiedlung der transnationalen Hochschulbildung eingeführt und weiterentwickelt werden. Die lokale Verankerung von Zweiguniversitäten erfordert, drittens, externe Anreize. Erhoffte Aktivitäten, wie z. B. die Zusammenarbeit zwischen Zweiguniversitäten oder mit inländischen Universitäten und Synergieeffekte mit der lokalen Wirtschaft müssen von den Behörden des Gastlandes aktiv gefördert werden. ■

## Neues Policy Paper: Klimabelange müssen stärker und besser in kommunale Abläufe integriert werden!



Haupt, Wolfgang; Irmisch, Janne; Eckersley, Peter (2022): Handlungsempfehlungen für eine bessere Klimakoordination in Kommunen. Policy Paper. IRS Dialog 7 | 2022

Kommunen fehlen oft die Ressourcen, um eine effektive Klimapolitik zu betreiben. Dabei ist der Handlungsdruck hoch: Gerade Stadtkommunen sind stark von der Klimaerwärmung betroffen, zugleich verursachen Städte einen Großteil der Treibhausgasemissionen. In einem neuen Policy Paper stellen Forschende des IRS drei erprobte Handlungsmodelle vor, die gut in die kommunale Praxis integrierbar sind: den kommunalen Klimarat (erprobt in Potsdam), den Klima-Check in der Bauleitplanung (Remscheid) und die Einrichtung einer Klima-Stabstelle (Würzburg).

In dem Policy Paper „Handlungsempfehlungen für eine bessere Klimakoordination in Kommunen“ empfehlen Wolfgang Haupt, Janne Irmisch und Peter Eckersley von der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“, den Fokus kommunaler Klimapolitik künftig stärker auf den Transfer von bereits erprobten Maßnahmen aus an-

deren Städten zu legen. Ihre Handlungsempfehlungen richten sich an politische Verantwortliche in Kommunen und an Mitarbeitende von Stadtverwaltungen, die für die Koordination der Klimapolitik (Klimaschutz und/oder Klimaanpassung) innerhalb ihrer Stadt verantwortlich sind. Die drei genannten Maßnahmen weisen ein hohes Transferpotenzial auf, da für deren Umsetzung keine besonderen Voraussetzungen innerhalb der Stadt nötig sind. Das Policy Paper gibt Auskunft über die zentralen Erfolgsfaktoren der drei Maßnahmen.

Es wurde in der IRS-eigenen Reihe IRS Dialog veröffentlicht und im Rahmen des Projekts „Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen – Typologien und Transfer von Anpassungsstrategien in kleinen Großstädten und Mittelstädten“, kurz „ExTrass“ erarbeitet. ■

## Neues Policy Paper adressiert den Nutzen von Online-Plattformen für die regionale Entwicklung



Ibert, Oliver; Oechslen, Anna; Repenning Alica; Schmidt, Suntje (2022): Geht digital auch regional? Handlungsansätze zur Gestaltung von regionalen digitalen Plattformen. Policy Paper. IRS Dialog 2 | 2022

Im Zuge des vielschichtigen und globalen Prozesses der zunehmenden Digitalisierung verknüpfen sich wachsende Hoffnungen im Feld der Stadt- und Regionalpolitik mit regionalen Online-Plattformen. Mit ihnen ist das Versprechen verbunden, das soziale Leben zu bereichern, den Zugang zu Dienstleistungen und Informationen zu verbessern und nicht zuletzt auch neue wirtschaftliche Entwicklungen zu unterstützen und zu ermöglichen. Eine räumliche Fokussierung läuft der Logik von Online-Plattformen, deren Stärke es ja gerade ist, Menschen weltweit zu vernetzen, allerdings zuwider. Die Regionalisierung von Online-Plattformen ist mit anderen Worten sehr voraussetzungsvoll. Genau diese komplexen und vielschichtigen Voraussetzungen sollen in diesem Policy Paper adressiert werden und zwar in Form von sechs strate-

gisch bedeutsamen Fragen. Es ist dabei nicht möglich, Handlungsanweisungen in der Logik geradliniger „how-to-dos“ zu geben. Vielmehr ist es notwendig, für individuelle Anwendungsfälle, zu einer Vielzahl von Gestaltungsoptionen, eine passfähige Kombination von Alternativen zu finden – oder eben auch nicht zu finden und zu dem Ergebnis zu kommen, dass eine regionale Plattform in dem konkreten Fall wohl nicht „abheben“ wird. Genau diesen Prozess soll das Policy Paper unterstützen. ■



**Anpassung mangelhaft**

Wie schwierig es ist, deutsche Städte klimafest zu machen, zeigt eine Stadt, die eigentlich zu den Vorreitern gehört: ein Spaziergang durch Potsdam.

Auf den ersten Blick scheint alles in Ordnung zu sein am Alten Markt in Potsdam. Eine Rentnerin fährt auf ihrem E-Roller über den Platz, an Nikolaikirche, Potsdamer Stadtschloss und Museum Barberini vorbei. Nur etwas leer wirkt der historische Stadtkern an diesem Februartag, aber keineswegs bedrohlich. Wolfgang Haupt blickt durch seine Hornbrille auf den gepflasterten Platz und sieht dabei vor allem das, was hier fehlt: Bäume, Fassadenbegrünung, Trinkwasserspender. „Wenn die Fläche so versiegelt ist, dann fehlt einfach die Resilienz“, sagt der Geograph vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner.

28.02.2022 | Süddeutsche Zeitung



**Ausstellung im Schleswig-Holstein-Haus: Wie die Sprengung der Schelfstadt verhindert wurde**

Es war knapp. Die SED-Oberen hatte die Lunte schon gelegt. Beinahe hätte die südliche Schelfstadt Ende der 1980er-Jahre ein ähnliches Schicksal ereilt wie den Großen Moor, wo zehn Jahre zuvor wertvolle historische Bausubstanz einfach zerstört worden war. Doch gegen die neuen Abrisspläne formierte sich Widerstand. Nach den ersten drei Sprengungen in der Puschkinstraße entstand eine Bürgerinitiative aus Architekten, Bauingenieuren, Denkmalpflegern und Künstlern, die ihr Anliegen im April 1989 mit einer Ausstellung in der damaligen Galerie am Pfaffenteich öffentlich machte. [...] Hinter dem Projekt „Stadtwende“ stehen Forscher aus vier wissenschaftlichen Einrichtungen, der Technischen Universität Kaiserslautern, der Bauhaus-Universität Weimar, dem Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner und der Universität Kassel.

20.01.2022 | Schweriner Volkszeitung



**„Arrival Cities“ – Perspektiven für Wohnsiedlungen am Rande ostdeutscher Städte**

Hunderttausende ukrainische Geflüchtete haben oft strapaziöse Bus-, Zug- oder Autoreisen hinter sich, wenn sie nach Deutschland kommen. Auch wenn die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung sehr groß ist, so muss doch in jeder Kommune immer genau wieder geschaut werden: Welche Unterstützung ist jetzt besonders notwendig, und welche Räumlichkeiten stehen überhaupt zur Verfügung? Das war schon 2015 so, als zahlreiche arabische Geflüchtete über die Grenze nach Deutschland kamen. Viele der Geflüchteten aus dieser Zeit haben in ostdeutschen Plattenbausiedlungen eine Wohnung gefunden – Quartiere, die man eigentlich schon aufgegeben hatte, weil da über Jahre die Menschen weggezogen sind. Werden diese Siedlungen nun zu Ankommensquartieren für Migranten und sind sie dafür überhaupt geeignet? Ein Projekt verschiedener Forschungsinstitute, das jetzt kurz vor dem Abschluss steht, hat das über mehrere Jahre in drei ostdeutschen Großwohnsiedlungen untersucht.

28.04.2022 | Deutschlandfunk | Aus Kultur- und Sozialwissenschaften



IMPRESSUM

IRS AKTUELL No 98, Juni 2022  
ISSN 0944 7377



Herausgeber:  
Leibniz-Institut für  
Raumbezogene Sozialforschung  
Flakenstraße 29-31, 15537 Erkner

Tel. 03362 793 0, Fax: 03362 793 111  
E-Mail: felix.mueller@leibniz-irs.de  
▶ www.leibniz-irs.de

Das IRS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



Leitung: Prof. Dr. Oliver Ibert  
Redaktion: Felix Müller (v.i.S.d.P.), Gerhard Mahnken, Katrin Vogel, Lino Knocke  
Layout: Henrika Prochnow

Bestellung von IRS aktuell:  
Tel. 03362 793 118  
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten  
Die Beiträge in diesem Magazin entstanden in Zusammenarbeit von Felix Müller mit den Wissenschaftler\*innen des IRS.

Fotos:

Titelbild: Catatine/Eigenes Werk/CC0/commons.wikimedia.org; S. 2/S. 5: Ingo Bartussek/stock.adobe.com; Seite 2/S. 11: Ivo Kruusamägi/Eigenes Werk/CC BY-SA 4.0/commons.wikimedia.org; S. 2/S. 15.: Photocreatief/stock.adobe.com; S. 2/S. 25 o.: Stefanie Röbler; S. 2/S. 29: Andre\_de/Eigenes Werk,CC BY-SA 3.0/commons.wikimedia.org; S. 2/S. 31 u.: Gerd Fahrenhorst/Eigenes Werk/CC0/commons.wikimedia.org; S. 7 Grafik: d-maps.com, stock.adobe.com; Clemensfranz/Eigenes Werk/CC BY 2.5/commons.wikimedia.org; S.8: Jasmin Merdan/stock.adobe.com; S. 9: Schüler1000/Eigenes Werk/CC BY-SA 4.0/commons.wikimedia.org; S. 12: Lillia Moroz/CC BY-SA 4.0/creativecommons.org; S. 13: kar.us/Eigenes Werk/CC BY 3.0/commons.wikimedia.org; S. 16: Metropolitico.org/CC BY-SA 2.0/commons.wikimedia.org; S. 18: Catatine/CC0/commons.wikimedia.org; S. 19: Maurizio Massetti/ stock.adobe.com; S. 23: Luke Abiol © 2012 Solomon R. Guggenheim Foundation/CC BY-NC-ND 2.0/flickr.com; S. 25 u.: Stefanie Röbler; S. 27: Trio3D/Own work/CC BY-SA 3.0/commons.wikimedia.org; S. 31 o.: Hartmut Leu/Archiv Hartmut Leu, Parchim/CC BY-SA 3.0 de/commons.wikimedia.org; S. 32: Niteshift/Eigenes Werk/ Gemeinfrei/commons.wikimedia.org; S. 33: Tozina/Eigenes Werk/CC BY-SA 4.0/commons.wikimedia.org; S. 35 o.: Andreas Berheide/stock.adobe.com, Mitte: Animateflora PicsStock/stock.adobe.com, u.: Andreas Praefcke /Eigenes Werk/CC BY 3.0/commons.wikimedia.org; S. 36: Ralf Lotys [Sicherlich]/Eigenes Werk/CC BY 2.5./commons.wikimedia.org; S. 39: IRS Erkner/Wiss. Samml., Bestand Werner Rietdorf, Sig. C105-00050; S. 40: Wolfgang Haupt/IRS; S. 41: Georg Slickers/CC BY-SA 4.0/creativecommons.org; S. 46: photokozyr/stock.adobe.com

Portraits:  
S. 4: Bernhard Ludewig; S. 24: A. Pohl, IÖR-Media; S. 30: Reinhard Huß;  
S. 47: 61. Örjan Sjöberg CSR 8 June 2021 beskuren;  
weitere Fotos: IRS oder privat

## Personalien



## Berufung

Dr. **Jana Kleibert** nahm einen Ruf der Universität Hamburg auf die W2-Proessur „Wirtschafts- und Sozialgeographie, Schwerpunkt Metropolforschung“ an. Sie wird den Dienst voraussichtlich zum Wintersemester 2022/23 antreten. Ende 2021 hatte Kleibert ihre kumulative Habilitation mit dem Titel „Geographies of Globalisation: Offshoring and the Construction of Transnational Spaces“ im Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin eingereicht. Die Arbeit basiert auf acht veröffentlichten Aufsätzen. Am IRS leitet Jana Kleibert die Leibniz Junior Research Group „TRANSEDU“, die zu transnationaler Hochschulbildung forschet.

Prof. Dr. **Suntje Schmidt** wurde in den Beirat für den Aufbau eines Postdoc-Centers der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin berufen. Ziel des Centers ist es, ein allgemeines Forum für wissenschaftliche Karriereentwicklung an der Fakultät zu entwickeln, hochqualifizierte Wissenschaftler\*innen zu qualifizieren und an die Universität zu binden, die internationale Vernetzung und Sichtbarkeit der Postdocs zu stärken und Chancengleichheit und Diversität zu fördern.

## Promotion



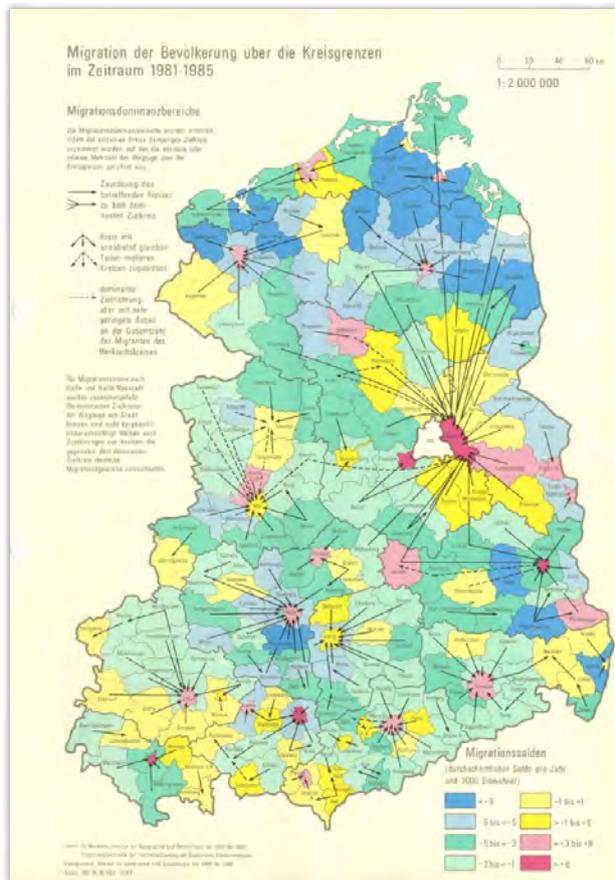
Im Dezember 2021 verteidigte **Martin Schinagl** erfolgreich seine Dissertation „Die Umordnung der Planung. Stadtplanerinnen im digitalisierten Gefüge der Techniken“ am Institut für Soziologie der Technischen Universität Berlin. In seinem Promotionsprojekt untersuchte Schinagl digitale Planungskulturen aus raum- und techniksoziologischer Perspektive. Sein Promotionsverfahren ist damit abgeschlossen. Betreuerinnen des Verfahrens waren Prof. Dr. Martina Löw an der TU Berlin und Prof. Dr. Gabriela Christmann am IRS.

## Zu Gast am IRS



Vom 28. März bis zum 8. April 2022 war Prof. Dr. **Maciej Frąckowiak**, Soziologe und Assistant Professor an der Adam Mickiewicz University in Poznań, zu Gast in der Forschungsgruppe „Soziale Innovationen in ländlichen Räumen“. Am 30. März hielt er im Rahmen seines Aufenthalts ein IRS-Seminar zum Thema „How Covid-19 Rebordering Impacted Identity on Polish Borderlands. Case of Polish-German Twin-Cities of Słubice and Gubin“.

Vom 15. März bis zum 30. Juni 2022 ist Prof. Dr. **Örjan Sjöberg**, Professor für Wirtschaftsgeographie an der Stockholm School of Economics zu Gast im Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung“ des IRS. Am 11. Mai hielt er im Rahmen seines Aufenthalts die 20. IRS International Lecture on Society and Space zum Thema „Explanation in Urban Studies: ‘Comparative Tactics’ and Business Models of Developers as Inputs to a Globally Inclusive Urban Theory“.



## Fundstück

### Karte von 1987 liefert Erkenntnisse zur Binnenwanderung in der DDR

Eine (wieder-)entdeckte Karte aus dem Fundus der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS zeigt das erstaunliche Ausmaß der Binnenwanderungen in der DDR. Das Kartogramm stammt sehr wahrscheinlich aus der Forschungsleitstelle für Territorialplanung der Staatlichen Plankommission der DDR. Nach deren Abwicklung dürfte sie von deren Mitarbeiterin Gisela Lindenau (1935–1998) mitgenommen worden sein, die ab 1992 einige Jahre am IRS tätig war. Das seinerzeit wohl unveröffentlichte und nur für den Dienstgebrauch bestimmte Kartogramm „Migration der Bevölkerung über die Kreisgrenzen im Zeitraum 1981–1985“ wurde 1987 vom Institut für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR in Zusammenarbeit mit der Forschungsleitstelle angefertigt. Als Bearbeiter seitens des Akademieinstituts wird Dr. Hans Neumann („H. Neumann“) genannt, der zur Binnenmigration forschte. Das Kartogramm zeigt deutlich, dass es in Ostdeutschland schon in der späten DDR-Zeit eine erhebliche Binnenmigration gab. Die Bevölkerung schrumpfte in einigen Regionen stark, ganz besonders in den Nordbezirken, also dem heutigen Mecklenburg-Vorpommern und im östlichen Sachsen. Die wichtigsten Großstädte, die im Wesentlichen den Bezirkshauptstädten entsprachen, verzeichneten hingegen einen Bevölkerungszuwachs. Das Kartogramm „Migration der Bevölkerung über die Kreisgrenzen im Zeitraum 1981–1985“ wurde als Fund des Monats für Januar/Februar 2022 auf der Internetpräsenz der Wissenschaftlichen Sammlungen ► [ddr-planungsgeschichte.de](http://ddr-planungsgeschichte.de) vorgestellt.

Kontakt: Dr. Kai Drewes  
 Tel. 03362 793 143 | [kai.drewes@leibniz-irs.de](mailto:kai.drewes@leibniz-irs.de)